



PROTOKOLL

DER 7. SITZUNG DES EINWOHNERRATES, 8212 NEUHAUSEN AM RHEINFALL

Datum, Zeit, Ort	Donnerstag, 8. November 2007 Aula Rhyfallhalle, Neuhausen am Rheinfall	19.00 – 22.30 Uhr
Präsenz	19 Einwohnerräte (ER) Gemeindepräsident 4 Gemeinderäte (GR) Gemeindeschreiberin Aktuarin Zentralverwalter Rechnungsprüfungskommission	
Vorsitz	ER-Präsident Rolf Forster (SVP)	
Entschuldigt	ER Thomas Theiler (CVP)	
Protokoll	Das Protokoll der 6. Sitzung vom 29. September 2007 hat im Ratsbüro zirkuliert. Es liegen keine Beanstandungen vor. Es wird genehmigt und der Aktuarin, Frau Sandra Ehrat, verdankt.	
Mitteilungen	- Rücktrittsschreiben Renzo Lojudice aus der Bürgerkommission	
Neueingänge	<ul style="list-style-type: none"> - Beantwortung Kleine Anfrage Jakob Walter (SP): Wachstum und Entwicklung - Beantwortung Kleine Anfrage Albert Gysin (SVP): Rheinfall-Panoramaweg und weitere Wege - Beantwortung Kleine Anfrage Willi Josel (SVP): Kulturgeschichtliche Dokumente sichern, vorhandenes Wissen erhalten - Postulat Ueli Furrer (ÖBS): Errichtung einer Grabstätte mit Gemeinschaftsnamenplatte 	
Offene Geschäfte	<ul style="list-style-type: none"> - Volksmotion "Gesamtplanung von Mobilfunkantennen statt Stückwerk" - Postulat Christian Di Ronco (CVP): Moratorium für Bewilligung von Baugesuchen für Mobilfunkantennen der neuesten Generation GMB/UMTS - Postulat Christian Di Ronco (CVP): Unterstützung und Sicherstellung eines bedarfsgerechten familienergänzenden Kinderbetreuungsangebots - Postulat Christian Di Ronco (CVP): Förderbeiträge für den Einsatz von Minergie-Standard oder erneuerbare Energie beim Bau oder Umbau von Wohnraum - Postulat Willi Josel (SVP) betreffend Alternativen zum Trolleybusbetrieb - Interpellation Ueli Furrer (ÖBS): Baustelle Zollstrasse – untauglicher Fussgängerübergang - Kleine Anfrage Ernst Schläpfer (SP): Rote Markierungen für Velos - Kleine Anfrage Beat Gruber (CVP): Die Lärmsituation an der Zollstrassenunterführung gerät zunehmend aus den Fugen 	



- Traktandenliste**
1. Bericht und Antrag betreffend Pensenanpassung der Schulischen Sozialarbeit
 2. Bericht und Antrag betreffend Stellenplan für das Jahr 2008
 3. Budget 2008
 - Genehmigung Bericht und Antrag
 - Genehmigung Budget und Steuerfuss 2008
 4. Bericht und Antrag betreffend Fuss- und Radweg Sonnenwegli
 5. Bildung einer einwohnerrätlichen Kommission betreffend IGA 2017
 6. Ersatzwahlen:
 - a) eines Mitglieds des Verwaltungsrats der Fernheizwerk AG Neuhausen am Rheinfall
 - b) eines Mitglieds der VBSH-Verwaltungskommission
 7. Postulat Felix Tenger (FDP) betreffend Benützung von Turnhallen-Kleingeräten
 8. Bericht zur Kenntnisnahme betreffend Bauabrechnung Umbau der GAN, Erweiterung 862 MHZ, Konto 320.501.90

Die Traktandenliste wird genehmigt.

ER Beat Gruber (CVP) (Ersatz für Thomas Theiler, CVP) wird vom Einwohnerrat als Ersatzstimmzähler vorgeschlagen und als gewählt erklärt.

ER-Präsident Rolf Forster (SVP)

Ich begrüsse Sie und eröffne die 7. Sitzung in diesem Jahr.

Speziell begrüssen möchte ich ER Peter Schmid von der SVP, der heute das erste Mal an unserer Sitzung teilnimmt. Peter, ich wünsche dir viel Freude an der politischen Arbeit.

ER Markus Anderegg (FDP)

Ich habe keine Änderungswünsche zur Traktandenliste. Lediglich die Bemerkung, dass ich zu Traktandum 4 Bericht und Antrag betreffend Fuss- und Radweg Sonnenwegli eine persönliche Vorbemerkung anbringen werde, da ich in dieses Projekt zeitweise involviert war.



TRAKTANDUM 1 Bericht und Antrag betreffend Pensenanpassung der Schulischen Sozialarbeit

GR Patrick Strasser

Ich gehe an dieser Stelle nicht auf die Details der Vorlage ein, denn diese haben Sie ja durchgelesen und in den Kommissionen besprochen. Offene Fragen Ihrerseits, werde ich natürlich – soweit es mir möglich ist – bei der anschliessenden Beratung beantworten. Ich will Ihnen aber an dieser Stelle etwas für die Beratung mit auf den Weg geben. Denken Sie bitte bei der folgenden Diskussion immer daran, um wen es bei Antrag zur Pensenanpassung der Schulischen Sozialarbeit geht. Es geht um die Kinder. Diese können es sich nämlich nicht aussuchen, in welcher Familie sie aufwachsen dürfen und manchmal auch müssen. Ich persönlich hätte die grösste Freude, wenn alle Kinder von zu Hause aus diejenige Unterstützung, die sie brauchen bekommen, um sich altersgemäss entwickeln zu können um nach der Kindheit und Jugendzeit als gefestigte Persönlichkeiten ins Erwachsenenleben einzutreten. Die Realität ist leider eine andere. Immer mehr Kinder stammen aus Verhältnissen, die eine solche dem Menschen angepasste Entwicklung nicht mehr zulassen. Es ist dies die Folge der gesellschaftlichen Entwicklung, die wir hier in Neuhausen nicht allein lösen können. Was wir aber können, die negativen Folgen dieser gesellschaftlichen Entwicklung soweit zu lindern, dass möglichst viele Kinder trotzdem eine Chance haben um eine einigermaßen erfolgreiche Schullaufbahn zu absolvieren. Denke Sie daher bitte immer daran, es geht beim vorliegenden Antrag nicht um die schulische Sozialarbeit an sich. Es geht nicht um die Lehrerinnen und Lehrer und es geht nicht um die Eltern, sondern es geht um die Kinder und ihre Chance.

Eintretensdebatte:

ER Christian Di Ronco (CVP)

Im Jahr 2003 hat der Einwohnerrat im Rahmen des Schulentwicklungsversuches an den Primarklassen auch der schulischen Sozialarbeit zugestimmt. Das damalige Pensum von 55 % (heute 60 %) wurde bewusst tief gewählt. Es geht nicht dabei Geld zu sparen oder eine Salamtaktik war auch nicht im Spiel. Nein, es fehlte einfach die Erfahrung um genau zu beziffern,



wie hoch das Pensum sein soll. Heute, 3 Jahre später, liegen die Fakten auf dem Tisch. Der Bericht und Antrag des Gemeinderates zeigt klar auf, wo die Schwerpunkte der Arbeit der schulischen Sozialarbeit lagen und welche Aufgaben nicht erfüllt werden konnten. Kurz zusammengefasst: Also praktisch ausschliesslich in der Bewältigung von akuten Kriseninterventionen, sog. Feuerwehrübungen. Hier geht es nur noch um Schadensbegrenzung und um für den Jugendlichen eine gute Lösung zu finden, welche auch einen Verbleib in der Schule ermöglichen. Präventive Arbeit wie z.B. Begleitung von Jugendlichen im schwierigen Umfeld oder etwa Interventionen in einem frühen Stadium war aufgrund der fehlenden Ressourcen nicht möglich. Das war und ist natürlich für alle Beteiligten unbefriedigend. Sei es für die Kinder, sei es für die schulische Sozialarbeiterin, welche heute auch bei uns weilt und die Lehrpersonen. Die CVP möchte eine schulische Sozialarbeit, die sich nicht nur auf "Pflästerlipolitik" beschränken muss. Sondern auch ihren Namen verdient, denn durch die dauerhafte Anwesenheit in der Schule arbeitet die schulische Sozialarbeiterin präventiv. Unterstützt und begleitet Schülerinnen und Schüler bei akuten Krisen. Die berät die Lehrpersonen bei Problemen mit Schülerinnen und Schüler, berät und unterstützt aber auch die Eltern bei ihren Problemen mit den Kindern. Schulsozialarbeit ist eine sinnvolle, zeitgemässe Ergänzung des Angebotes der Jugendhilfe. Dadurch leistet sie einen wesentlichen Beitrag zum Erziehungsauftrag und entlastet dabei die Lehrer von dieser Aufgabe, die sich somit vermehrt auf das Kerngeschäft, den Unterricht konzentrieren können. Die vom Gemeinderat beantragte Erhöhung um 0.8 Stellenprozente ist massvoll und liegt im Vergleich mit der Stadt und verschiedenen Gemeinden immer noch an der unteren Bandbreite von der Empfehlung des Kantons. Der Wunsch, das zusätzliche Pensum mit einem Mann zu besetzen, hat mehrere Gründe. Einerseits ist es wichtig, dass den Kindern eine Beratung von Frau oder Mann zur Verfügung steht. Nur so kann auch individuell gearbeitet werden. Mädchenarbeit und Bubenarbeit und die jeweiligen Probleme sind so geschlechtergetrennt oder können gemeinsam bearbeitet werden. Und andererseits bei unserer soziokulturellen Struktur unserer Gemeinde wäre ein Mann nur von Vorteil. Die Gründe muss ich Ihnen nicht aufzählen. Bevor Sie jetzt aber falsche Schlüsse ziehen, möchte ich Ihnen noch eine Zahl bekannt geben. Von allen bearbeiteten Fällen in den letzten 3 Jahren kamen über 55 % aus deutschsprachigen Familien. Sie sehen, die Schule ist ein Teil und auch ein Spiegelbild unserer Gesellschaft. Deshalb können Auswirkungen der gesellschaftlichen Veränderungen in der Institution Schule nicht vermieden werden. Damit die Schule diese Herausforderung bewältigen kann, braucht es eine gute und professionell funktionierende Sozialarbeit. Die CVP wird auf die Vorlage eintreten.

ER Jakob Walter (SP)

Ich möchte dem geschichtlichen Überblick meines Vorredners etwas anfügen. Im Januar 2000 wurde eine Motion der jetzigen Gemeinderätin Franziska Brenn überwiesen, die eine schulische Sozialarbeit verlangt hat. Die restlichen Aussagen von ER Di Ronco waren dann wieder richtig. Es wäre also, nachdem wir bei der Entstehung entscheidend beteiligt gewesen waren komisch, wenn wir jetzt nicht mehr dahinter stehen würden. Ich möchte an dieser Stelle einfach noch erwähnen, dass neben dem Nutzen der betroffenen Kinder und deren Familien, ist etwas, dass ich als Mitglied der Schulbehörde speziell sehe, damit in einem Krisenfall die Sozialarbeiterin den Fall übernehmen kann und der Lehrer kann sich wieder seiner Klasse widmen und unterrichten. Das kommt sicher auch allen anderen Kindern zugute.

ER Walter Herrmann (FDP)

Vorab, die FDP Fraktion wird auf das Geschäft eintreten. Drei Punkte in der Botschaft steigen uns allerdings zünftig in die Nase und die wären von hinten nach vorne aufgezählt die folgenden:

1. Letzter Satz unter Punkt 4 suggeriert uns schon mal deutlich, dass das wirklich nur das absolute Minimum an Pensen sei, die wir da bewilligen sollen. Werden wir da schon prophylaktisch weich geklopft für eine allfällige Aufstockung in ein oder zwei Jahren?
2. Die der Mitte der Botschaft steht die Bemerkung einer Lehrperson: "Oft habe ich mir gedacht, die SSA hat genug zu tun, da komme ich nicht mehr mit meinen Säckelchen." Die FDP erwartet auch in Zukunft, dass die Lehrer diese Säckelchen und vielleicht auch einmal eine Sache selber lösen, anstatt nach dem Sozialarbeiter zu rufen. Das fördert die Autorität des Lehrers, wenn die Schüler merken, dass er selber der Klasse oder einzelnen Schülern noch den Takt angeben kann und entlastet gleichzeitig die Sozialarbeit für die wirklich schweren Vorgänge.
3. Und jetzt das Grösste, das mich selber juckt, als Vizepräsident der Einbürgerungskommission. Bei Personen aus anderen Kulturkreisen heisst es an anderer Stelle, die stark patriarchisch geprägt sind, werden Ratschläge von Frauen nur widerwillig befolgt. Es sei deshalb eine männliche Person einzustellen. Ja, hallo! Nachgeben statt Integration? Passen wir uns nun denen an oder die an uns? Das wäre nun gerade ein Fall für eine Integrationsvereinbarung, wie es in anderen Kantonen schon praktiziert wird. Wir denken, dass wir im Zeitalter der



Gleichberechtigung die Suche nicht nur auf ein männliches Wesen beschränken sollten, sondern auf die beste Bewerbung. Gleich welchen Geschlechtes.

ER Albert Gysin (SVP)

Die SVP Fraktion bestreitet nicht, dass in der heutigen Zeit solche Problemfälle bestehen. Man muss aber vor allem auch mal die Ursachen der Probleme unter die Lupe nehmen. Man darf sich nicht von diesen Schülern und Eltern alles bieten lassen. Die Erziehung der Schüler muss im Elternhaus erfolgen. Sollte das nicht mehr der Fall sein, so muss es Konsequenzen für die Eltern haben. Seien es Mahnungen an die Eltern oder allenfalls Aussprechen von saftigen Bussen, die wehtun. Wir sind der Meinung, dass der Aufgabenbereich dieser Sozialarbeiterin auf tiefer Stufe gefahren werden muss. Es dürfen keine Luxuslösungen gefragt sein. Die rückläufigen Schülerzahlen müssen uns auch zeigen, dass solche Problemfälle auch sinken können und müssen. Es darf nicht sein, dass Personen aus anderen Kulturkreisen Weisungen von Frauen nicht akzeptieren und wir deshalb noch zusätzlich einen Mann einstellen müssen. Ist es nicht angebracht, auf das neue Schulgesetz zu warten und daraus personelle Konsequenzen zu ziehen. Wir akzeptieren eine Erhöhung auf gesamthaft 1 Stelle und stellen einen Gegenantrag. Der Antrag lautet:

Die Erhöhung des Pensums der schulischen Sozialarbeit um 0.4 Stellen von 0.6 Stellen auf 1.0 Stellen wird zugestimmt.

ER Ueli Furrer (ÖBS)

Die ÖBS unterstützt den Antrag des Gemeinderates. Sozialarbeit in der Schule ist eine Investition. Es kann frühzeitig gelenkt werden und ich denke, jeder Franken, der hier ausgegeben wird, können wir später an anderer Stelle wieder einsparen.



ER Jakob Walter (SP)

Ich muss noch schnell etwas zu ER Albert Gysin sagen. Das neue Schulgesetz sieht schon Bussen vor, aber grundsätzlich kann man nur für Missetaten bestraft werden und Dummheit und Unfähigkeit ist nicht strafbar. Das gilt für die Swissair genau so, wie für die Familie.

GR Patrick Strasser

Die SVP beantragt eine weniger hohe Erhöhung des Pensums als dass der Gemeinderat beantragt. Ich möchte einerseits auf den Bericht des Gemeinderates verweisen andererseits auch auf das Votum von ER Christian Di Ronco. An beiden Orten wird klar dargestellt, dass verschiedenste Arbeiten, die eine schulische Sozialarbeit zu leisten hätte, besonders im präventiven Bereich, mit dem jetzigen Pensum nicht gemacht werden kann. Es braucht dazu die Pensenerhöhung und die Erfahrungen des Kanton Zürich, die uns in diesem Bereich weit voraus sind und ich rede jetzt nicht nur von der Stadt Zürich sondern insbesondere von den Gemeinden, unter anderem auch von der Goldküste, wo man ja meint, die hätten überhaupt keine Probleme. Das Pensum, das wir vorschlagen wird dort als Minimum angesehen. So ist auch das auf Seite 5 von ER Walter Hermann erwähntes Minimum zu verstehen um eine vernünftige Aufgabenerfüllung garantieren zu können, brauchen wir diese 1.4 Stellen. Ich verstehe es nicht so, dass der Rat hier vorbereitet werden sollte auf die nächste Pensenerhöhung. Das ist zumindest von meiner Seite aus nicht geplant, das kann ich Ihnen versichern. Weiter zu den Fragen, die ER Walter Herrmann gestellt hat. Auf Seite 3 hat er die Aussage getätigt, oder ich habe ihn zumindest so verstanden, dass die Disziplin in der Klasse Sache der Lehrperson sei. Das ist auch so. Die Lehrperson muss selbst fähig sein für Ruhe und Ordnung im Schulzimmer zu sorgen. Ansonsten hat sie dort einen Nachholbedarf in Sachen Weiterbildung, wenn sie das nicht kann. Es geht bei der Schulischen Sozialarbeit darum, dass die grossen Probleme, die die Kinder von zu Hause mitbringen, gelöst werden. Die schulische Sozialarbeiterin geht im Normalfall auch nicht in den Unterricht. Die Arbeit ist an einem anderen Ort. Zum Thema Mann oder Frau. Es ist klar, wir werden bei der Durchsicht der Bewerbungen selbstverständlich diese Personen nehmen, die am Besten geeignet ist. Wenn sich gar kein Mann bewirbt oder nur solche, bei denen man sagt, die haben doch Defizite, dann wird es sicher kein Mann sein, aber bei gleicher Qualität, wird ein Mann bevorzugt. Jetzt kann man schon sagen, es ist Sache der Integration u.s.w. Das stimmt alles und ich bin gar nicht abgeneigt auf solche Vorschläge, wie eine Integrationsvereinbarung aber um das geht es hier nicht. Es geht



hier um die Kinder, die ja nichts dafür können, dass ihr Herr Vater ein "solcher Bock" ist ("entschuldigen Sie diese Redensart"). Dass es nicht hören will, was die schulische Sozialarbeiterin sagt. Die können ja nichts dafür. Man sollte die Eltern in die Pflicht nehmen. Das ist richtig, aber trotzdem mit den Kindern arbeiten können. Als letztes noch zu den sinkenden Schülerzahlen und betreffend neuem Schulgesetz. Sinkende Schülerzahlen bedeuten ja nicht, dass die Anzahl Problemkinder sinkt. Es gibt ein Total der Schülerzahlen die sinkt. Übrigens diese Tendenz wird in Neuhausen nicht so weitergehen, da die Zahlen in den Primarschulen in den letzten Jahren sehr stabil waren und auch der Kindergärten der letzten Jahre. Weiter hinaus wissen wir es noch nicht. Der Schülerrückgang ist erfolgt, aber es sieht jetzt so aus, als würde es sich auf einem tieferen Niveau wieder einpendeln und nicht eine dauernd abnehmende Tendenz zeigen in der Gemeinde Neuhausen. Wie gesagt, eine sinkende Schülerzahl bedeutet nicht, dass die Zahl der problematischen Kinder im Hintergrund ebenfalls abnimmt. Die nehmen leider zu. Ich kann jetzt sagen, es haben die falschen Personen Kinder! Ich lass das einfach mal so im Raum stehen, aber es ist halt eine Tatsache, dass es nicht einfacher wird.

Detailberatung:

ER Walter Herrmann (FDP)

Seite 4:

Da würde ich mich sehr freuen, wenn Sie diesen Passus rausnehmen "Bei Personen aus Kulturkreisen ..." betreffend Mannbesetzung. Und unten durch betreffend "4. Pensenanpassung" zur Erinnerung, dass es ein Mann sein muss. Wenn ich eine Person suche, dann wird es ein Mann sein, wenn ich einen will. Ich möchte jetzt einfach nochmals darauf hinweisen. ER Jakob Walter hat mir auch gesagt, dass die Fischereiprüfung jetzt in Deutsch gemacht wird. Die Autofahrprüfungen werden jetzt auch in unseren Landessprachen gemacht. Man muss versuchen, die Leute langsam an unsere Kultur anzupassen. Wenn wir diesen Personen jetzt wirklich entgegenkommen und ihnen einen Mann zur Seite stellen. Dem uneinsichtigen Vater, der dann seinem Sohne oder seiner Tochter Verweisungen erteilt oder sich bessert und bei einer Sozialarbeiterin er das nicht tut, dann hat er sich in einem gewissen Sinne gegen eine Verweisung verweigert und das wird dann irgendwo notiert und kommt dann später irgend wann einmal, vielleicht bei einer Erteilung einer Aufenthaltsbewilligung zum Vorschein. So kann man auf diese Leute Druck machen, aber überall immer nachgeben, dann werden sie noch in zwei Generationen



dieses Machogehabe leben, was ich heute auch bei innerbetrieblichen Kursen in der Schule erlebt habe. Der Apfel fällt nicht weit vom Stamm, was das patriarchische Auftreten betrifft. Das habe ich gemerkt. Das ist etwas, das mir einfach nicht befällt, das würde ich rausstreichen.

ER-Vizepräsident Ernst Schläpfer (SP)

Wir können das schon rausstreichen und wenn die Schulbehörde klug handelt, dann stellt sie trotzdem einen Mann an. Ich würde Ihnen empfehlen, einen Mann anzustellen, auch als einigermassen Sozialgeschädigter mit einer grossen Schule. Wir können natürlich schon warten, bis letztendlich alle so integriert sind, dass sie eine Frau genau so gut akzeptieren wie ein Mann. Wir können aber auch möglichst schnell eine Lösung suchen für das soziale Problem und dann ist es wahrscheinlich einfacher, wenn man beide Geschlechter hat, als wenn man wartet, bis in 10 Jahren alle soweit integriert sind, dass sie auch eine Frau akzeptieren.

GR Patrick Strasser

Der Einwohnerrat kann nicht in einem Bericht und Antrag einzelne Abschnitte oder Sätze hinausstreichen. Die Anträge kann man entsprechend anpassen. Das wurde auch bereits schon gemacht, aber Sie können den Bericht nicht abändern. Der ist nun einmal so, wie ihn der Gemeinderat Ihnen abgeliefert hat. Ich kann ER Walter Herrmann versichern, wir werden für diese Stelle die best geeignete Person nehmen, ob das ein Mann oder eine Frau ist. Das lasse ich im Moment mal völlig offen.

ER Albert Gysin (SVP) stellt folgenden Antrag:

Die Erhöhung des Pensums der Schulischen Sozialarbeit um 0.4 Stellen von 0.6 auf 1.0 Stellen wird zugestimmt.

Der Antrag wird mit 5 : 14 Stimmen abgelehnt.



Antrag:

Die Erhöhung des Pensums der Schulischen Sozialarbeit um 0.8 Stellen von 0.6 auf 1.4 Stellen wird zugestimmt.

Der Antrag wird mit 14 : 4 Stimmen bei 1 Enthaltungen angenommen.

Das Geschäft ist erledigt.



TRAKTANDUM 2 Bericht und Antrag betreffend Stellenplan für das Jahr 2008

Eintretensdebatte:

ER August Hafner (SP)

Ich kann es vorwegnehmen, die SP Fraktion wird den Stellenplan für das Jahr 2008 bewilligen. Zu bemängeln haben wir jedoch die Transparenz. Auf Seite 2 werden die Veränderungen zwischen dem Budget 2007 und dem Durchschnitt der ersten 9 Monate des Jahres 2007 kommentiert. Dieser Vergleich interessiert jedoch nicht wirklich. Er trägt eher zur Verwirrung des Lesers bei. Wir befassen uns heute Abend noch mit dem Budget für das Jahr 2008. Bei allen anderen Budgetposten werden grössere Differenzen zwischen dem noch laufenden Budget 2007 und dem heute zu beschliessenden Budget 2008 kommentiert. Ein Stellenplan sollte das der Lesbarkeit halber auch so gemacht werden. In den Erläuterungen zum Stellenplan 2008 sollte deshalb die Differenz von 20 Stellen d.h. der Anstieg von 174.00 auf 194.00 zwischen dem Stellenplan 2007 und dem vorliegenden für das Jahr 2008 näher erklärt werden, wenn man dann Erklärungen anbringt. Wir erwarten vom Gemeinderat, dass er uns für das Jahr 2009 einen in dieser Hinsicht etwas besser lesbaren und transparenteren Stellenplan vorlegt. Bei der Position 1139 und auch 6210, das ist Markt- und Verwaltungspolizei und Parkplätze interessiert die SP Fraktion aus welchen Gründen ein vermehrter Einsatz von Aushilfs-Verwaltungspolizisten nötig ist. Was wird erledigt in diesen zusätzlichen Stellenprozent?

ER Christian Schwyn (SVP)

Wir hatten den Stellenplan an der Fraktionssitzung leider noch nicht zur Einsicht. Es sind ja genau 20 Stellen mehr als letztes Jahr. An der letzten Einwohnerratssitzung haben wir 17.5 Stellen für das Alters- und Pflegeheim bewilligt. Jetzt hat es da noch eine Differenz von 2.5 Stellen. Ich sehe nicht genau, wo diese Stellen versickert sind. Da wünsche ich mir noch gerne eine Erklärung.



ER Felix Tenger (FDP)

Auch die FDP hat den Stellenplan analysiert. Ich kann mich in zwei Bereichen meinen Vorrednern anschliessen. Auch wir hatten diesen Stellenplan nicht an der Fraktionssitzung und auch bezüglich Transparenz bezüglich der Mehrstellen gibt es noch einen Handlungsbedarf. Wir bitten den Gemeinderat, dies entsprechend für das nächste Jahr vorzusehen und wir haben von unserer Seite noch einen dritten Punkt. Es betrifft die kaufmännische Rundung. Wir haben in Traktandum 1 über 0.4 Stellen mehr oder weniger diskutiert. Im Stellenplan werden die gesamten Stellen von 193.29 mit einer Rundung von 0.71 einfach auf 194.00 hochgerechnet. Wenn man jetzt die einzelnen Positionen anschaut, dann sind die jeweils auf 0.05 % entsprechend ausgewiesen. Ich sehe nicht ein, weshalb man hier nicht auch eine entsprechende Rundung machen kann auf 1/10 oder auf 1/5 oder was auch immer. Das nur als ein kleines Detail am Rande. Die FDP beschliesst eintreten und wird dem Stellenplan zustimmen.

ER Beat Gruber (CVP)

Die CVP Fraktion hat über den Stellenplan beraten und wird dem Antrag zustimmen.

GP Stephan Rawyler

Ich danke Ihnen für die gute Aufnahme des Stellenplanes. Es ist richtig, die Veränderungen sind nicht erwähnt worden und zwar in der Fortführung einer Praxis, die seit vielen Jahren besteht, dass das aktuelle Jahr verglichen wird. Wenn der Einwohnerrat jetzt neu auch eine Erklärung für die künftigen will, dann ist kein Problem. Aktuell bin ich eigentlich davon ausgegangen, dass die grossen Differenzen im Heim den Einwohnerrätinnen und Einwohnerräten im kollektiven Bewusstsein noch sind. Das war erst letzte Sitzung, als Sie 17 Stellen im Heim bewilligt haben. Eine zusätzliche Stelle ist noch von früher beim Heim und dann haben Sie noch 0.8 Stellen heute bewilligt. Da ist eigentlich schon praktisch die ganze Erklärung für die Differenz. Der Rest ist dann noch die Rundung. Über diese kann man tatsächlich noch diskutieren. Da sind Sie frei. Der Gemeinderat hat jetzt für sich einen gewissen Spielraum in Anspruch genommen. Wenn Sie uns diesen entziehen wollen, dann ist das in Ihrer Kompetenz. Ich bin aber sehr gerne bereit natürlich nächstes Jahr auch die Differenzen zwischen Aktuell und dann 2009 zu kommentieren. Das ist



kein Problem. Machen wir gerne. Die von der SP erwähnte Erhöhung des Stellenpensums aktuell und insofern ist sie ja doch von Interesse, denn sonst wäre die Frage ja nicht gekommen 2007 Budget zu Durchschnitt 2007 liegt darin, dass deutlich mehr Hilfspolizisten eingesetzt werden mussten. Wir haben eine erfreuliche Steigerung am Rheinfall bis jetzt erlebt. Die Parkplätze werden überaus gut frequentiert. Das ist der erste Grund. Der zweite Grund ist, dass wir in Neuhausen am Rheinfall diverse grosse Baustellen haben, die jeweils mit einem Hilfspolizisten oder mit einem Verkehrspolizisten bestückt werden müssen. Zu erinnern ist an die Baustelle Scheidegg, die noch im Frühjahr 2007 abgeschlossen wurde. Dann gab es äusserst aufwendige Arbeiten an der Zentralstrasse und hier braucht es immer wieder Polizisten, weil die Automobilisten offenbar nicht über die nötige Toleranz verfügen, auch mal das Gegenüber durchzulassen, sondern das Recht des Stärkeren wird hier gnadenlos durchgesetzt. Schliesslich auch noch bei der Zollstrasse gab es grössere Einsätze der Polizei und das schlägt sich in diesen Konten durch, was bereits kommentiert wurde, dass es hier noch zu Umbuchungen kommen wird, aber das "schleckt keine Geiss weg", dass wir hier eine Überschreitung haben. Das wird so sein.

Antrag:

Für das Jahr 2008 werden 194 Stellen bewilligt.

Der Antrag wird mit 19 : 0 Stimmen, einstimmig, angenommen.

Das Geschäft ist erledigt.

TRAKTANDUM 3 Budget 2008

- Genehmigung Bericht und Antrag
- Genehmigung Budget und Steuerfuss 2008

GP Stephan Rawyler

Namens des Gemeinderates beantrage ich Ihnen auf das Budget 2008 einzutreten und den auf Seite 3 des Zusatzblattes abgegebenen beiden Anträgen zuzustimmen.

Das Budget 2008 ist insofern ausgeglichen, als es einen kleinen Einnahmenüberschuss von Fr. 100.00 ausweist (Gegenüber der gedruckten Fassung des Budgets ist eine Verbesserung von Fr. 54'700.00 im Konto 9320.441.01 [Anteil an Benzin- und Motorfahrzeugsteuern] zu berücksichtigen.). Mit Blick auf den Finanzplan, welcher noch ein massives Defizit von Fr. 801'300.00 vorgesehen hat, darf dieses Ergebnis erfreut zur Kenntnis genommen werden. Die Veränderungen gegenüber dem Finanzplan ergeben sich aus den nachstehenden Punkten:

	<u>Budget 2008</u>	<u>Finanzplan 2008</u>	<u>Differenz</u>
Personalaufwand	25'089'800	24'308'300	781'500
Sachaufwand	15'544'100	17'557'700	-2'013'600
Passivzinsen	1'704'200	1'778'800	-74'600
Abschreibungen	4'457'000	4'670'800	-213'800
Anteile ohne Zweckbindung	810'000	1'199'700	-389'700
Entschädigung an Gemeinwesen	4'578'100	3'865'900	712'200
Eigene Beiträge	8'372'700	7'841'400	531'300
Durchlaufende Beiträge	2'500	2'500	0
Einlagen Fonds etc.	509'000	343'000	<u>166'000</u>
Verbesserung			-500'700

	<u>Budget 2008</u>	<u>Finanzplan 2008</u>	<u>Differenz</u>
Steuern	28'703'200	28'654'100	49'100
Konzessionen	52'200	52'800	-600
Vermögenserträge	1'792'700	1'782'600	10'100
Entgelte	26'784'800	26'641'100	143'700
Anteile ohne Zweckbindung	330'000	421'200	-91'200
Rückerstattungen von Gemeinwesen	2'204'900	1'892'600	312'300
Beiträge für eigene Rechnung	354'000	472'400	-118'400
Durchlaufende Beiträge	2'500	2'500	0
Entnahmen Fonds etc.	843'200	847'500	<u>-4'300</u>
Verbesserung			300'700



Minderausgaben	500'700
Mehreinnahmen	300'700
Defizit Finanzplan	<u>-801300</u>
Ertragsüberschuss gemäss Budget 2008	<u>100</u>

	<u>Budget 2008</u>	<u>Finanzplan 2008</u>	<u>Differenz</u>
Allgemeine Verwaltung	220'000	221'000	1'000
Öffentliche Sicherheit	0	0	0
Bildung	190'000	550'000	360'000
Kultur und Freizeit	527'700	350'000	-177'700
Gesundheit	0	0	0
Soziale Wohlfahrt	1'500'000	3'500'000	2'000'000
Verkehr	1'872'600	3'610'000	1'737'400
Umwelt und Raumplanung	2'238'100	2'415'000	176'900
Volkswirtschaft	700'000	600'000	-100'000
Steuern und Finanzen	780'000	0	<u>-780'000</u>
Minderinvestitionen			<u>3'217'600</u>

Dieses Ergebnis erlaubt es dem Gemeinderat Neuhausen am Rheinfall, dem Einwohnerrat vorzuschlagen, für 2008 wie bereits 2007 einen um 1 Steuerfusspunkt tieferen Steuersatz von 96 % zu erheben. 2007 betrug der Steuerfuss unter Berücksichtigung des Steuerrabatts 102 %, aufgrund der kantonalen Vorgaben muss dieser Satz zwingend um 6 % auf 96 % gesenkt werden. Die frei werdenden 6 % der Steuern werden von einer entsprechenden Erhöhung der Kantonssteuern im gleichen Umfang absorbiert.

Bereits jetzt sei aber darauf hingewiesen, dass der Personalverband und der VPOD am 6. November 2007 dem Gemeinderat schriftlich beantragt haben, auf die Lohnverhandlungen zurückzukommen. Die Abschlüsse in den anderen Gemeinden sowie beim Kanton seien höher ausgefallen, weshalb Neuverhandlungen notwendig seien. Der Gemeinderat hat an der gestrigen Sitzung beschlossen, auf die gewünschten Neuverhandlungen einzutreten. Die Personalkommission wird Ende dieses Monats zusammenkommen und sich beraten. Sofern es in diesen Verhandlungen zu einer Abweichung vom bereits getroffenen Ergebnis kommen sollte, müsste der Gemeinderat in der Dezembersitzung dem Einwohnerrat einen Nachtragskredit für die Besoldungen beantragen. In Erinnerung zu rufen ist, dass eine Veränderung des Personalaufwandes um 0.1 % eine Verschlechterung des Budgets um wiederkehrend Fr. 25'000.00 bedeutet. Würde man 0.5 % mehr Lohn geben, würde das also bedeuten, dass wir ein Defizit von Fr. 125'000.00 hätten. Das Budget rechnet zudem für die Lehrerinnen und Lehrer



mit dem gleichen Erhöhungssatz wie für die Gemeindeangestellten. Da der Kanton aber offenbar mehr Lohn zahlen will, wirkt sich dies via Gemeindeanteil auch wieder auf unser Budget aus.

Die Erarbeitung des Budgets fiel dem Gemeinderat nicht sehr einfach. Wegen der verschiedenen Verschiebungen, welche der Neue Finanzausgleich auf eidgenössischer Ebene ausgelöst hatte und die ihren Niederschlag im kantonalen Recht fanden, mussten teils sehr gewichtige Veränderungen vorgenommen und verschiedene Positionen einer eingehenden Neubeurteilung unterworfen werden. Zu erwähnen sind insbesondere die folgenden Bereiche:

- Totalrevision des Altersbetreuungs- und Pflegegesetzes
- Wegfall von Bundesbeiträgen bei der Spitex
- Wegfall des AHV- und IV-Beitrags
- Anstieg der Kosten für die Verbilligung der Krankenkassenprämien
- Wegfall des Lastenausgleichs, aber teilweise Kompensation via Sozialhilfe
- Erhöhung Benzinzollertrag
- obligatorische Senkung des Gemeindesteuerfusses um 6 %
- neuer kantonsinterner Finanzausgleich mit massiv höherer Belastung von Neuhausen am Rheinfall
- Auswirkung der Steuergesetzrevision für die juristischen Personen

Der Gemeinderat geht in seinem Budget davon aus, dass gemäss den Angaben des Finanzdepartements des Kantons Schaffhausen die Ausfälle bei den juristischen Personen wegen der erwähnten Steuergesetzrevision durch Mehreinnahmen aufgefangen werden können. Ob dies tatsächlich eintritt, wird sich erst im Mai 2009 zeigen. Wir haben bei diesen Zahlen eine Unsicherheit von +/- Fr. 200'000.00. Auf jeden Fall muss die Wirtschaft weiterhin auf Kurs bleiben, um dieses ambitionöse Ziel erreichen zu können. Für das laufende Jahr sieht es einstweilen danach aus, dass die budgetierten Steuererträge überschritten werden. Die gute Wirtschaftslage dürfte entscheidend dazu beitragen, dass die juristischen Personen - alteingesessene wie neu zugezogene - wiederum mehr Steuern zahlen. Hinzu kommt, dass auch die natürlichen Personen die budgetierte Höhe der Steuern erreichen sollten. Den Steuerzahlerinnen und Steuerzahlern sei dafür ausdrücklich gedankt. Die jüngsten Verwerfungen an den Börsen sowie die bereits wieder leicht gestiegenen Arbeitslosenzahlen, zusammen mit den höheren Zinsen, lassen keine ausgelassene Festfreude aufkommen.



Da die aktuelle Situation wegen der gesetzlichen Veränderungen, aber auch wegen der sich neu präsentierenden Wirtschaftslage, namentlich der Eigentumswechsel bei der SIG als noch nicht gefestigt darstellt, beantragt der Gemeinderat wie bereits 2007 auch für 2008 eine Reduktion des Steuerfusses um 1 Steuerprozent ausdrücklich als Steuerrabatt und einstweilen beschränkt für das Jahr 2008. Eine weitere Reduktion des Steuerfusses lassen die momentane Situation und der im Finanzplan 2008 - 2011 aufgezeigte Finanzbedarf nicht zu. Strategisches Ziel muss es aber bleiben, uns allmählich dem Steuerniveau im Zürcherischen Weinland anpassen zu können. Dass wir wohlberaten sind, vorsichtig zu agieren zeigen auch andere Beispiele. So z.B. das Budget der Gemeinde Thayngen, das ausdrücklich als sog. Sicherheitsbudget präsentiert wurde.

Das Rohbudget unserer Gemeinde sah ein Defizit von Fr. 1.2 Mio. auf, wobei die Referatsleiterin und die Referatsleiter bereits sorgfältig budgetiert hatten. Dies erschwerte es dem Gemeinderat, auf ein ausgeglichenes Budget zu kommen. Der Gemeinderat liess sich aber nicht entmutigen und ging Budgetposten für Budgetposten durch. Dies ermöglichte das nun vorliegende Ergebnis. Die Verhandlungen mit den Personalvertretern und den Verbänden haben zu einer vorläufigen Einigung geführt, welche zu einer Erhöhung der Gesamtlohnsumme von 1.5 % führt. Vorgesehen ist, die Teuerung voll auszugleichen, wobei auf jeden Fall auch ein rechter Teil der Lohnerhöhung als individuelle Lohnanpassung verwendet werden kann. Die Lohnkosten steigen aber nicht nur aufgrund der Lohnerhöhungen an, vielmehr sind auch die Stellenpensen zu erhöhen, so bei der schulischen Sozialarbeit und im Alters- und Pflegeheim.

Der Sachaufwand wurde gegenüber 2006 und 2007 leicht zurückgenommen. Der Gemeinderat hofft, dass trotz der Inflation mit den budgetierten Beträgen die erforderlichen Gerätschaften angeschafft werden können.

Nicht zu befriedigen vermögen die Einnahmen weiterhin bei der Abwasserreinigung sowie bei der Grünabfuhr. Beide Bereiche sind mit einem Nettoaufwand von Fr. 369'800.00 respektive von Fr. 281'800.00 klar defizitär, obwohl der Bund eine ausgeglichene Rechnung in diesem Bereich vorschreibt.

Wie bereits beim Budget 2007 angekündigt darf für 2008 erwartet werden, dass die Alters- und Pflegeheime wie in den vergangenen Jahren eine einigermaßen ausgeglichene Rechnung präsentiert.

Die Sozialhilfe verharrt weiterhin auf hohem Niveau, ohne allerdings noch in bedeutendem Mass anzusteigen.

Die degressiven Abschreibungen erfolgen gemäss dem kantonalen Finanzhaushaltsgesetz wiederum mit einem Satz von 10 %. Dadurch können wir unseren Gläubigern recht gute Finanzkennzahlen liefern, was sich in erfreulich tiefen Zinssätzen bei den Darlehensschulden niederschlägt.

An dieser Stelle: Vorstellung einiger Powerpoint Folien durch GP Stephan Rawyler.

Das Investitionsbudget liegt etwas höher als die Rechnung 2006, jedoch deutlich unterhalb des Budgets 2007 sowie des Finanzplans 2008 - 2011. Die grossen Investitionen wie die Unterführung Zollstrasse schlagen weiterhin massiv zu Buche. Die vorgesehenen Investitionen sollten von der Verwaltung zu bewältigen und von der Gemeinde zu finanzieren sein. Dabei helfen die nach wie vor sehr tiefen Zinsen enorm. Wir stellen aber fest, dass sich das Zinsniveau versteift hat. Das es z.Zt. immer noch eine Tendenz nach oben gibt. Ob die Zinssenkungen, die gewisse Banken verfügt haben, wirklich durchschlagen, werden wir sehen.

Das Wasserwerk und das Gaswerk werden 2008 jeweils ein mit 2007 vergleichbares Ergebnis vorweisen. Die vorgesehenen Investitionen sind erforderlich, um ein gut funktionierendes Gas- und Wassernetz in unserer Gemeinde erhalten zu können. Diese Investitionen entsprechen den Vorjahren, wobei zusätzlich die Investitionen für die Unterführung Zollstrasse anteilmässig anfallen.

Die Rechnungsprüfungskommission hat das Budget 2008 bereits geprüft und keine ins Gewicht fallenden Verbesserungen mehr gefunden. Dies zeigt, dass der Gemeinderat alle realistischen und auch effektiv realisierbaren Sparmöglichkeiten genutzt hat. Zu danken habe ich dem Zentralverwalter, der in gewohnt speditiver und zuverlässiger Weise die Budgetzahlen zusammengetragen und immer wieder geduldig neue grössere und kleinere Änderungen im Budget nachgetragen hat. Ebenfalls zu Dank verpflichtet bin ich meinen Kollegen im Gemeinderat und der Gemeindeverwaltung, indem alle mitgeholfen haben, das vorliegende Budget aufzustellen und auch gewillt sind, dieses einzuhalten. Last but not least danke ich der Gemeindeschreiberin für die Zusammenstellung der Kommentare.



Hans Schärker, Präsident der Rechnungsprüfungskommission (RPK)

Die Rechnungsprüfungskommission hat den Voranschlag 2008 eingehend geprüft. Die vom Gemeindepräsidenten angefügten Bemerkungen zu einzelnen Positionen decken sich in etwa und mehrheitlich mit unseren Anmerkungen. Wir haben in einer eingehenden Sitzung mit dem Gemeinderat unseren Management-Letter durchgesprochen und da und dort gewisse Anmerkungen gemacht. Ich werde sie hier nicht mehr wiederholen.

Wiederum dürfen wir feststellen, dass im Gemeinderat und in der Verwaltung der Budgetprozess ernst genommen wird. Die nachgereichte Budgetverbesserung zeigt, dass sich die Budgetzahlen auf aktuell zur Verfügung stehende Richtwerte stützen und somit aktuelle Einschätzungen widerspiegeln. Es wird nicht einfach hochgerechnet. Diese Beobachtung darf sowohl auf der Einnahmen- wie auch auf der Ausgabenseite gemacht werden. Dafür und für das gute Einvernehmen und die gute Zusammenarbeit möchte ich mich im Namen aller RPK-Mitglieder bei Gemeinderat und Gemeindepersonal bedanken.

Die RPK nimmt mit Befriedigung zur Kenntnis, dass das Budget 2008 wiederum mit einem ausgeglichenen Gemeindehaushalt rechnet. Der budgetierte Ertragsüberschuss von gerade mal Fr. 100.00 ist angesichts der normalen Budget-Ungenauigkeiten wohl eher zufällig. Die Einflüsse des neuen Finanzausgleiches sind unschwer zu erkennen. Diese machen es bei einigen Positionen allerdings etwas schwieriger, Vergleiche zu den Vorjahren anzustellen. Die vom Gemeinderat mitgelieferte Zusammenstellung der NFA Auswirkungen hilft, das Budget 2008 richtig zu werten. Der neue NFA erklärt, warum die Steuereinnahmen 2008 wesentlich tiefer ausfallen werden. Die Reduktion entspricht der vereinbarten Abgabe von 6 % an den Kanton. Die vorgelegten Zahlen auf der Einnahmenseite zeigen, dass über alles gerechnet nicht mit einem euphorisches Wachstum gerechnet wird.

Angesichts des vorgelegten Budgetresultates sieht die RPK keinen Grund, warum dem Ansinnen des Gemeinderates, 1.5 % der beeinflussbaren Lohnsumme für die individuelle Lohnverbesserungen einzusetzen, nicht zugestimmt werden könnte. Wir sind allerdings gespannt, was da mit den neuen Verhandlungen rauskommt und bitten den Gemeinderat, auch die RPK entsprechend zu informieren.

Auch die RPK hat sich Überlegungen zur Höhe des Steuerfusses gemacht und kommen zu ähnlichen Resultaten wie der Gemeinderat. Unter Wertung der revidierten Finanzplanung hält die



RPK fest, dass in der Gemeinde Neuhausen grosse Sprünge wohl nicht drin liegen, der geplante Steuerrabatt von 1 % aber verantwortet werden kann.

Abschliessend stelle ich im Namen der RPK fest, dass der Voranschlag 2008 den Vorschriften über den Gemeindehaushalt und des Rechnungswesens entspricht. Die geplanten Abschreibungen erfolgen im Rahmen der gesetzlichen Vorschriften.

Die RPK beantragt auf das Budget einzutreten und den Anträgen des Gemeinderates zuzustimmen.

Eintretensdebatte:

ER Christian Di Ronco (CVP)

Die CVP hat sich intensiv mit dem Budget 2007 befasst. Das Budget ist praktisch ausgeglichen und weist sogar einen kleinen Überschuss von Fr. 100.00 aus. Das zweite Mal hintereinander wird mit einem Überschuss budgetiert. Eigentlich könnte man mit dem Ergebnis rundum zufrieden sein und zur Tagesordnung übergehen. Aber nur eigentlich! Betrachten wir die budgetierten Steuereinnahmen etwas näher, können wir auch dieses Jahr bemerken, dass der Gemeinderat seine äusserst vorsichtige Haltung bei der Budgetierung der Steuereinnahmen beibehalten hat. Vergleichen wir die Zahlen mit der Rechnung 2006, unter Berücksichtigung des Steuerfussabtausches von 6 % zwischen Kanton und Gemeinde wegen des neuen Finanzausgleichs, dann budgetieren wir gerade Mal ca. Fr. 300'000.00 höhere Steuereinnahmen. Wir werden jetzt hören, dass das ist die Auswirkung wegen der Steuergesetzesrevision für juristische Personen und die Auswirkung des Steuerrabattes von 1 % ist. Einerseits mag das stimmen, andererseits vergleicht man die Situation der Wirtschaft mit 2006 und 2007, dann können wir klar feststellen, dass die Wirtschaft nochmals einen Zacken zugelegt hat. Es boomt und boomt fast ohne Ende. Die Wirtschaft läuft sehr gut und wenn es auch nächstes Jahr auf hohem Niveau weniger wird, hat es nochmals positive Auswirkungen auf die Ergebnisse der Unternehmen, auf die Lohntüte der Arbeitnehmer und das nicht zu Ungunsten der Gemeindekasse. Die Steuereinnahmen für 2007 werden dadurch sicher höher sein als budgetiert. Das an dieser Stelle gern zitierte Argument der Sonderfaktoren, welche die Steuereinnahmen beeinflussen können, hat sich in den letzten vier Jahren immer positiv bemerkbar gemacht. Die notwendigen Investitionen



können wir tätigen und auch verkraften. Aufgrund dieser sehr guten Ausgangslage ist die CVP der Meinung und das haben wir bereits bei Debatte der Rechnung 2006 angekündigt, dass der Steuerrabatt für das Jahr 2008 erhöht werden soll. Um es gleich vorwegzunehmen. Wir werden einen Antrag auf Erhöhung des Steuerrabattes auf 3 % beantragen. Wir wollen eine attraktive Gemeinde sein, wachsen mit guten Steuerzahlern, müssen aber auch Sorge tragen zu unseren Neuhauserinnen und Neuhauser, welche es verdient haben, direkt am Erfolg beteiligt zu werden damit sie auch mehr Geld zur freien Verfügung haben. Dazu reichen eben nicht nur Investitionen in ein gutes Bildungsangebot, schöne Wohnlagen, gute Infrastrukturen. Der Steuerfuss ist ebenso ein wesentlicher Faktor auch wenn es manche in diesem Raum nicht gerne hören. Zudem ist es ja ein auch strategisches Ziel – das haben wir von unserem Gemeindepräsidenten gehört – uns allmählich dem Steuerniveau im Zürcher Weinland anzunähern. Setzen wir ein Zeichen, dass wir Willens sind diese Strategie umzusetzen und es nicht nur bei löblichen Absichten bleibt und gewähren als ersten Schritt einen höheren Steuerrabatt.

Die CVP unterstützt den Antrag des Gemeinderates für die Erhöhung der Lohnsumme von 1.5 % für das Personal. Wer gute Arbeit leistet, soll auch entsprechend entlohnt werden.

Wir danken dem Gemeinderat, der RPK und der Verwaltung für die Erstellung des Budgets und natürlich auch für dessen Einhaltung.

Die CVP wird auf das Budget eintreten und sich bei der Detailberatung zu einzelnen Positionen zu Wort melden.

ER Priska Weber (SP)

Der Ertragsüberschuss von Fr. 100.00 ist so herzig, etwas mehr als ein goldigs Nüteli, dass wir von der SP das Budget 2008 mit einem Schmunzeln eingehend durchgelesen haben. Der Gemeinderat möchte es wohl allen Parteien recht machen, bewegt sich auf der sicheren Seite und beantragt eine Reduktion von 1 % Steuerfuss auf ein Jahr. Ich erwarte einfach vom Gemeinderat, dass zuerst zur vollsten Zufriedenheit aller betroffenen Budgetbeteiligten die Einnahmen und Ausgaben budgetiert wurden und danach über eine Reduktion auf ein Jahr diskutiert worden ist. Es ist mehr als fair, wenn nicht auf etwas verzichtet werden muss, dass sehr schmerzt, nur für ein Steuerfussprozent. Ich hoffe sehr, dass der Gemeinderat die Reduktion nicht mehr beantragen wird, wenn es die Finanzlage nicht mehr zulässt. Anhand des Finanzplanes 2008 denke ich, dass



die Reduktion so oder so nicht mehr für die nächsten Jahre auf dem Programm stehen wird. Wenn wir schon bei dem 1 % sind, so bleiben wir auch da. Genau 1 % mehr, nämlich 2.5 % der beeinflussbaren Lohnsumme beantragte der Gemeinderat letztes Jahr. Die SP hat zur Zusammensetzung der Lohnsumme von 1.5 % noch Fragen. Je nach dem, wie die Antwort ausfällt bzw. sie sind zum Teil schon gesagt worden, behalten wir uns vor, dazu einen Antrag zu stellen. Die SP ist für Eintreten.

ER Felix Tenger (FDP)

Die Fraktion der FDP hat das Budget mit Interesse analysiert. Wie jedes Jahr ist äusserst vorsichtig und konservativ budgetiert worden. In den letzten Jahren haben die Rechnungen ja immer deutlich besser als das Budget abgeschlossen und zwar jeweils so gut, dass der Gemeinderat bald nicht mehr wusste, wo er die zusätzlichen Einnahmen verstecken kann. Der Gemeinderat schlägt nun für 2008 einen Steuerrabatt von unverändert einem Prozent vor. Das ist unserer Meinung nach zu wenig.

Es bestehen Unsicherheiten bezüglich der Zukunft, das ist unbestreitbar so, beispielsweise wird mit geringeren Einnahmen infolge der Senkung der Unternehmenssteuern zu rechnen sein. Aber der Konjunkturmotor brummt, die Unternehmensgewinne steigen und die Steuereinnahmen werden tüchtig sprudeln. Das wird im Budget zu wenig abgebildet. Im Budget werden die Steuereinnahmen mit einer bereinigten Erhöhung von ca. 1.5 % berechnet. Die Steuereinnahmen 2005 lagen um rund Fr. 2.5 Mio. höher als budgetiert, die Steuereinnahmen 2006 um rund Fr. 2 Mio. und wenn man den Konjunkturverlauf ansieht, dann sehen wir keine Veranlassung zu glauben, dass die Steuereinnahmen 2008 einbrechen werden. Auf der Einnahmenseite besteht also noch grosses Potential. Aber auch auf der Ausgabenseite gibt es noch etwelches Potential. Wir denken hier etwa an die Abwasserreinigung oder die Grünabfuhr, wo der Steuerzahler jedes Jahr etwa 2.5 Steuerprozent bezahlt, obwohl die gesetzliche Auflage eigentlich klar sagt, dass diese Bereiche kostendeckend sein müssen und nicht der Allgemeinheit auferlegt werden dürfen.

Der Steuerfuss ist nur ein Kriterium für die Attraktivität einer Gemeinde, aber kein unwichtiges. Der Gemeinderat hat ja das strategische Ziel auf das Steuerniveau der Zürcher Nachbarn zu kommen. Dies würde eine Reduktion um ca. 30 % bedeuten. Dies erscheint uns doch sehr ambitioniert, aber wir sind der Meinung, dass sich Neuhausen jetzt eine Steuerfussreduktion leisten kann und muss. Ringsum werden die Steuern gesenkt, wenn wir hier hinten anstehen, verlieren wir an Attraktivität.



Wir wollen eine attraktive Gemeinde sein und bleiben. Wir sind uns bewusst, dass auf die Gemeinde in den nächsten Jahren noch einige Investitionen zukommen. Im Sinne einer vorsichtigen und umsichtigen Planung werden wir deshalb keine generelle Steuerfussenkung beantragen, aber wir sind klar und dezidiert der Meinung, dass ein Steuerrabatt zwei Prozent für das Budget 2008 sehr gut drinnen liegt. Wir werden deshalb beantragen, den Steuerrabatt von einem auf zwei Prozent zu erhöhen. Die Fraktion der FDP ist für Eintreten und hat dann in der Detailberatung noch einige Fragen.

ER Willi Josel (SVP)

Es wurde schon vieles gesagt, deshalb mache ich nur noch Ergänzungen, wo es mir wichtig erscheint. Wenn gesprochen wird, dass bei den Investitionen Reduktionen erfolgen, dann scheint mir das etwas Normales zu sein. Wir sind sehr hochgefahren und dass man hier reduziert, das ist keine Tragik sondern das ist eine normale Korrektur. Wir stellen auch fest, dass es ein ausgeglichenes Budget ist und dass da sehr gut gearbeitet wurde, aber auch wie in den Vorjahren sehr vorsichtig budgetiert wurde. Erfreulich ist der Eingang der Steuern in diesem Jahr. Wir werden wahrscheinlich, wie ich das sehe, das Budget mit der Rechnung überschreiten. Ich möchte noch einen Punkt herausnehmen wo gesagt wird, dass beim Kanton eine Erhöhung von 2.8 % bei den Löhnen geplant ist. Das ist noch gar nicht beschlossen. Sie werden sehen, dass 1.7 % allein für die Teuerung vorgesehen ist. Das ist also nicht so viel, wie hier gesagt wurde. Zu Recht wurde vom Gemeindepräsident dem Steuerzahler gedankt. Denn der Steuerzahler hat da offenbar sehr gut seine Pflicht erfüllt. Der Dank an den Steuerzahler ist dann gezeigt, wenn man ihn auch profitieren lässt und wir werden uns dann, wenn es darum geht zu den beiden Anträgen später noch äussern. Ich danke selbstverständlich auch dem Zentralverwalter und auch der vorsichtigen RPK. Die RPK macht es natürlich richtig. Sie hat ein vorsichtig vorgelegtes und berechnetes Budget. Prüft aus ihrer Sicht, dass die Abschreibungen richtig vorgenommen werden und kommt zum Entschluss, dass man den Rabatt weiterführen kann. Wenn man davon ausgeht – und ich glaube, davon darf man ausgehen – dass die Steuereinnahmen doch einiges höher sein werden so lässt sich über eine Erhöhung des Rabattes diskutieren. Wir werden dann die Diskussion zum gegebenen Zeitpunkt aufnehmen.



ER Ueli Furrer (ÖBS)

Auch die ÖBS hat den Eindruck erhalten, dass die Verwaltung das Budget sehr genau erstellt hat. Sowohl auf der Ausgaben- wie auch auf der Einnahmenseite. Dort wurde sehr vorsichtig gehandelt. Bezüglich des Steuerfusses denke ich, dass wenn es uns gut geht müssen wir vorsorgen für Zeiten, in denen es uns schlecht geht. Die ÖBS wendet sich entschieden gegen den Vorschlag der FDP mit dem Steuerfuss herunter zu gehen und dafür mit den Gebühren hochzufahren, wie das in den Zürcher Nachbargemeinden festzustellen ist. Die Gebühren sind dort massiv höher und das ist nicht sehr gerecht. Die Gebühren zahlen alle, unabhängig vom Einkommen. Die ÖBS fragt sich, wie mit 1.5 % Lohnerhöhung – die Teuerung beträgt Ende Oktober 1.3 % – da noch etwas übrig bleibt für eine Realloohnerhöhung.

ER Priska Weber (SP)

Ich möchte Euch einfach noch etwas nahe legen. Wir haben einen Finanzplan gesehen und da sind doch einige Investitionen und 2011 hat es dann so ausgesehen, dass wir kein Eigenkapital mehr besitzen und die Investitionen nicht mehr tragen können. Ich lege Euch nahe, wirklich in die Zukunft zu denken.

GP Stephan Rawyler

Ich danke Ihnen für die gute Aufnahme des Budgets 2008. Das entscheidende ist heute Abend sicher der Steuerfuss und wenn ich die Fraktionen richtig verstanden habe, dann will die CVP auf 94 % herunter, die FDP will auf 95 % herunter und der Gemeinderat hält an seinem Antrag von 96 % fest. Ich sage das einfach nochmals zur Klarheit, weil jeweils mit den Rabatten operiert wurde. Zur Erinnerung: Auszugehen ist von 103 % Steuerfussprozenten minus 6 % macht 97 % und von dort aus kann ein Steuerrabatt gewährt werden. Ich fange bei der ÖBS an. Es ist richtig, dass wir versucht haben, wie üblich vorsichtig zu arbeiten. Ob es uns gelingt, sehen wir 2009. Zur Lohnsumme 1.5 %. Massgebend ist immer der September Index. Ob es im Oktober herauf oder hinunter geht, spielt keine Rolle. Letztes Jahr ging es glaube ich hinunter. Entscheidend ist sehr oft der Erdölpreis, der da zum Ausschlagen führt. Ich könnte mir vorstellen, dass der November Index nochmals etwas anders aussieht, aber korrigiert wird immer per September und wir haben nun



einen Ausgleich von 0.76 %, der Rest steht für individuelle Lohnerhöhungen. Zur SVP. Wenn ich das Budget des Kantons richtig gesehen habe sind es 2.2 % Lohnerhöhung. Das hat mir auch der Finanzdirektor so versichert. Es sind nicht 2 % oder 2.8 %, wie ein städtischer Angestellter dies in der Zeitung verlauten lies. Wir können uns also auf diese Zahl einstimmen. Ich kann die FDP und Sie alle beruhigen, der Gemeinderat hat noch nie Schwierigkeiten gehabt, Einnahmen zu verstecken. Er ist noch nie in diese Lage gekommen, dass er irgendetwas verstecken muss. Er macht das immer sehr transparent. Wenn es Mehreinnahmen gegeben hat, dann wurde ausgewiesen, was mit denen passiert ist. Sei es, dass wir dieses in den Gemeindeentwicklungsfond eingelegt haben oder dass wir zusätzliche Abschreibungen gemacht haben. Aber wir haben nie irgendetwas versteckt. Die Höhe der Steuern kann ich, sehr geehrte Damen und Herren, nicht voraussagen. Was ich machen kann, das habe ich gemacht. Ich habe heute nochmals mit der kantonalen Steuerverwaltung Rücksprache genommen und man hat mir nochmals anhand der Zahlen 2007 bestätigt, dass die Zahlen, so wie sie in unserem Budget sind, realistisch sind. Nicht vorsichtig, nicht konservativ sondern nur realistisch. Ich habe Ihnen gesagt, bei der Steuergesetzrevision der juristischen Personen arbeiten wir mit einem Unsicherheitsfaktor von +/- Fr. 200'000.00. Wenn das schief geht, dann haben wir dort ein Problem. Nehmen wir an, wir müssen bei den Löhnen noch etwas hinauf, dann sind wir bei Fr. 75'000.00 bis Fr. 100'000.00 und es geht noch Fr. 200'000.00 bei den juristischen Personen schief, dann sind wir ohne, dass wir eine Veränderung beim Steuerfuss machen mit ca. Fr. 300'000.00 im Defizit. Klar, Sie haben recht beim Abwasser und beim Grünabfall, da muss etwas passieren. Der Werkreferent hat mir auch versichert, dass beim Abwasser etwas in der Pipeline sei. Aber es kann natürlich nicht so sein, dass wir den Steuerfuss belassen und einfach mit den Gebühren rauf gehen. Das geht nicht auf. Ich glaube nicht, dass das Volk das so schlucken wird. Sondern werden einen Kompromiss zwischen Rechts und Links finden müssen. Es ist auch richtig, was ER Ueli Furrer gesagt hat. Die Gebühren im Kanton Zürich sind wesentlich höher. Mein Amtskollege in Feuerthalen rechnet jeweils aus, was kostet mich das Abwasser geteilt durch Abwassermenge gleich Preis. So geschieht das im Kanton Zürich. Das ist eine einfache Rechnung und bei uns ist das eine politische Übung, die noch bei weitem nicht ausgestanden ist. Das ist sich der Gemeinderat bestens bewusst. Deshalb ist es nicht so einfach mit Einnahmen aus diesen Gebieten zu rechnen und ich bin gespannt, wie die FDP dann argumentieren will, dass wir keinen Steuerausfall haben, dass wir uns dieses zusätzlichen Prozent leisten können, also ein Steuerfuss von 95 %. Zur SP ist festzuhalten. Wir versuchen im Gemeinderat jeweils Einnahmen und Ausgaben zu budgetieren und schauen dann was herauskommt. Es ist aber selbstverständlich die Aufgabe des Finanzreferenten, sich auch Gedanken zu machen, was soll auf der Einnahmenseite hereinkommen. Sie haben gesehen, dass die Steuereinnahmen einen wesentlichen Teil



ausmachen, deshalb muss man sich von Anfang an überlegen mit welchem Steuerfuss man da operieren soll. Zur RPK. Ich glaube, sie hat zu Recht festgestellt, grosse Sprünge liegen schlechthin nicht drin. Nun noch zur CVP. Das ist für mich die interessanteste Aussage heute Abend. Bin gespannt, welche Anträge dann gestellt werden bei den Steuereinnahmen. Bei einem Steuerfussrabatt von 3 % sprengen wir ganz sicher den Rahmen der Steuergesetzrevision bei den juristischen Personen. Da kann die Konjunktur noch so brummen und surren. Das recht schlechthin nicht. Da treibt uns die CVP in ein Defizit hinein. Wenn man sagt, die Steuern seien vorsichtig budgetiert worden, bin ich gar nicht so sicher. Fr. 300'000.00 höher als 2006. Wir machen einen Steuerfussabtausch von 6 %, dennoch Fr. 300'000.00. Wir haben eine Steuergesetzrevision, die zu einer massiven Belastung bei den juristischen Personen führt und dennoch Fr. 300'000.00 mehr. Da bin ich gespannt, wie das aufgehen soll. Sehr geehrte Damen und Herren, ich bitte Sie einmal die Traktandenliste zu wenden. Schauen Sie mal, dort hat es noch zwei Postulate des gleichen CVP Sprechers. Was das noch kosten wird und nicht budgetiert ist. Ein bedarfsgerechtes familienergänzendes Kinderbetreuungsangebot. Wir reden hier nicht von Fr. 10'000.00. Da geht es ganz sicher um einen sechsstelligen Betrag. Einsatz von Minergie-Standard mit Förderbeiträgen unterstützen. Wenn Sie in diesem Bereich wirksam etwas machen wollen, dann geht es hier sicher auch wieder um Fr. 100'000.00. Es ist für mich eine fragwürdige Politik. Auf der einen Seite die Steuern senken zu wollen und wenige Sitzungen vorher immer wieder Vorstösse zu bringen, die uns dazu bringen, Geld auszugeben. Für mich geht eine solche Politik nicht auf und deshalb bin ich froh, dass auch der Gemeinderat einstimmig dahinter steht. Der von uns beantragte Steuerfuss ist realistisch. Wenn die recht haben 2009 und wir haben deutlich mehr Steuereinnahmen, dann freue ich mich mit Ihnen. Sie können dann über den Überschuss wie gewohnt bestimmen. Wenn es aber negativ kommt, dann werden wir in schwierige Zeiten hineinlaufen. Denn dann müssen wir unser Eigenkapital anknappern und zwar in Zeiten, in denen wir das Eigenkapital noch aufbauen sollten. In gute Zeiten sollte man das Eigenkapital aufbauen und nicht abbauen. Ich bin mir bestens bewusst, dass der Steuerfuss mit ein wichtiger Grund ist, ob man nach Neuhausen am Rheinfall kommt oder nicht. Die Gesamtbelastung ist aber nicht mehr so schlecht. Wie ich bereits ausgeführt habe, sind im Kanton Zürich die Gebühren wesentlich höher und wenn man auf den Rechner z.B. der Credit Suisse geht, dann sieht man, dass wir gar nicht so schlecht stehen. Der reine Vergleich trifft in gewissen Einkommensschichten zu, dass der Unterschied bis zu 30 % betreffen kann, aber nicht mitberücksichtigt ist dabei die Gebührensituation. Wir sehen auch, dass die Grundstücke in Neuhausen am Rheinfall auf eine rege Nachfrage stossen. Birchstrasse, Schützenstrasse wurde in sehr rascher Zeit überbaut. Ich denke wir sind nicht eine unattraktive Gemeinde. Der Gemeinderat wird alle Anstrengungen



unternehmen, dass wir weiterhin attraktiv sind. Dort wo wir noch nicht attraktiv sind, uns verbessern können und damit zu weiteren Erfolgen schreiten können. Besten Dank.

ER Jakob Walter (SP)

Wenn ich jetzt nichts Besseres im Kopf hätte, auch einmal in der Zeitung zu stehen, dann würde ich auch 3 % beantragen. Es hat mich natürlich gefreut, der Unterschied in der Wortwahl und im Tonfall des seinerzeitigen Einwohnerrates Stephan Rawyler und des Gemeinderates Stephan Rawyler. Ich möchte an dieser Stelle noch etwas in Erinnerung rufen. Wir sehen im Budget eine Verzinsung der Schulden. Wir bezahlen rd. Fr. 1.5 Mio. Zinsen. Nachdem, was 1 Steuerprozent ausmacht – der GP hat es anfangs dieser Sitzung gesagt – entspricht das etwa 5 Steuerprozent. Die man einfach jedes Jahr bezahlt, nur weil man seinerzeit mehr ausgegeben hat, als dass wir eingenommen haben. Mit den Steuern heruntergefahren sind, bevor die Anschaffungen bezahlt waren. Wäre nicht das ein strategisch besseres Ziel, um endlich Schuldenfrei dazustehen. Und diese 5 % für etwas Besseres zu gebrauchen, als sie nur jährlich den Banken abzugeben. Ob das dann eine Steuerfussreduktion ist oder ob man etwas Besseres damit machen könnte, darüber müssen wir jetzt nicht diskutieren. Reuen Euch diese 5 % nicht? Dass wir hier jetzt um 1 % oder 2 % streiten müssen! Deswegen kommt niemand zusätzlich nach Neuhausen.

ER August Hafner (SP)

Ich möchte an dieser Stelle der FDP noch in Erinnerung rufen, die jetzt mit den "Rabattspendierhosen" herumläuft und mit der guten Hoffnung, dass der Ausfall dann teilweise durch Gebühren kompensiert werden könne. Nicht mit uns! Das haben Sie jeweils erlebt, wenn Sie zurückblicken, da macht auch das Volk immer mit, genau so gut, wie es mitmachen würde beim Steuersenken aber beim Erhöhen der Gebühren ist sicher nichts zu holen. Da werden Sie zwangsläufig, wenn Sie jetzt überrissene Rabatte gewähren, in Defizite reinlaufen, die dann wieder die Zinsspirale in Rang setzen werden. Ich finde das als ziemlich verantwortungslos, was da beantragt wird.



GR Franz Baumann

Ich möchte mich den Worten unseres Gemeindepräsidenten anschliessen und ganz vertieft sagen, die Gemeinde Neuhausen am Rheinfall hat sich in den letzten paar Jahren gut entwickelt. Wir haben auch diverse Baustellen, die dringend notwendig waren. Wir haben aber noch weitere Investitionen zu tätigen. Es steht ja eine Vorlage da, in der es um die Verkehrsberuhigung des Ortszentrums geht. Das ist ein grosser Brocken, den wir bezahlen müssen. Es ist wichtig für Neuhausen, dass wir das machen. Von etwas anderem müssen wir auch sprechen. Wir sind im Moment daran, das Altersheim Rabenfluh fertig zu stellen. Es ist ein ungeschriebenes Gesetz, sobald das fertig ist, müssen wir am Schindlergut beginnen. Das Schindlergut ist in ähnlichem Zustand wie früher das Rabenfluh. Das muss dringend gemacht werden. Es sind noch weitere Sachen, die zu machen sind. Vor einer Sitzung haben Sie den Gemeinderat gerügt, er sollte im Laufenareal endlich etwas machen. Sie haben vor kurzem die Inserate in den Zeitungen gesehen. Wir machen was, aber das kostet immer etwas. Deshalb möchte ich Sie dringend bitten, von den zusätzlichen Rabatten abzusehen. Danke.

ER-Vizepräsident Ernst Schläpfer (SP)

Darf ich Ihre Aufmerksamkeit auf den zweiten Punkt des Antrages lenken. Ich möchte mich nicht an der Steuerfussrabatt-Diskussion beteiligen. Ich erachte eine Lohnsummensteigerung von 1.5 % als unglücklich. Ich weiss aber nicht genau, wie der Gemeinderat damit umgeht. Grundsätzlich soll ja beim neuen Lohnsystem, dass für den Kanton und auch für die Gemeinde eingeführt wurde nicht nur eine individuelle Lohnerhöhung vorhanden sein, sondern die Möglichkeit eines Leistungslohns da sein. Damit das System einigermassen funktioniert mit dem Leistungslohn, müssten eigentlich jährlich ca. 2 % Leistungslohn ausgerechnet werden können. Dieser Leistungslohn kann durch die zusätzliche Lohnsumme gespeist werden. Sie kann auch gespeist werden, durch die Leute, die mit einem hohen Lohn altersmässig ausscheiden und ersetzt werden durch Leute, die mit einem tiefen Lohn eingestellt werden. Aber wenn dieser zusätzliche Leistungslohn nicht mehr funktioniert, dann werden wir mit der Zeit Leute haben, die nicht mehr korrekt entlohnt sind. Ich weiss es von uns her. Man braucht diese 2.2 %, abgesehen davon, dass der Gemeinderat diese Ziffer nicht vollständig ausgenützt hat auch in der Vergangenheit. Ich erachte es insbesondere als unglücklich, dass die Gemeinde nicht die gleichen Summen einsetzt wie der Kanton. Es kann nicht sein, aus meiner Sicht, dass die Lehrpersonen anders behandelt



werden, als die übrigen Angestellten der Gemeinde. Das sollte nicht sein und ich würde Ihnen deshalb schon bleibt machen, dass Sie mindestens die gleiche Summe wie der Kanton einsetzen. Alles andere dünkt mich ein bisschen Unfug. Es dünkt mich auch nicht rechtens gegenüber Altersheimangestellten, Gemeindeangestellten und Lehrer. Darum möchte ich Ihnen beliebt machen, dass man hier auf die gleiche Summe geht wie der Kanton. Es ist wahrscheinlich auch nicht Systemkonform.

GP Stephan Rawyler

Ich muss mich gegen diesen Vorwurf jetzt schon wehren. Das System wird in Neuhausen am Rheinfall korrekt angewandt und auch im Kanton. Wir haben nicht ganz die vergleichbaren Systeme. Wir haben im Sommer 2007 mit dem Personalverband und VPOD in der Personalkommission Verhandlungen geführt. Die Verbände haben im Wissen um die Forderungen beim Kanton sich mit den Gemeindevertretern darauf geeinigt auf eine Lohnsumme von 1.5 %. Vorbehalten wurde damals eine Neuverhandlung für den Fall, dass die Inflation im September sehr hoch sei. Namentlich auch aus der Überlegung, die auch ER Ernst Schläpfer gesagt hat, dass ein genügender Teil bleibt für die individuelle Lohnerhöhung. Mit einer Gesamterhöhung von 1.5 % ist man nicht völlig vom Schuss, überhaupt nicht. Das entspricht beispielsweise der Modelllohnentwicklung der Pensionskasse. Es war der Wille des Gesetzgebers und des Volkes, dass wir nicht ein einheitliches Salärssystem in diesem Kanton haben. Die Gemeinden sind nach wie vor souverän, das selber zu entscheiden. Es ist uns bekannt, dass z.B. die Stadt Schaffhausen tendenziell eher mehr bezahlt wie die Gemeinde Neuhausen am Rheinfall. Man kann nicht beide über eine Leiste ziehen. Und schliesslich sei noch erwähnt, Lehrpersonen sind keine Gemeindeangestellten, sondern Kantonsangestellte. Es gibt immer Unterschiede. Wir haben z.B. andere Freitage. Zusätzliche Freitage seit vielen Jahren. Der 24.12. Nachmittag, 31.12. Nachmittag sind seit vielen Jahren bei uns frei. Das ist im Kanton nicht der Fall. Sie müssen dort vorgeholt werden. Wir nehmen die gesamten Minusstunden, die sich aus der Vorholzeit ergibt, auf unsere eigene Kappe. Der Stadtrat und der Kanton verlangen daher von ihren Angestellten, dass sie auch kleinere Differenzen wie ½ Stunde oder 2 Stunden vorholen. Das muss bei der Gemeinde nicht gemacht werden. Die Salerierung ist jeweils nur ein Teil. Man muss immer das gesamte Packet anschauen. Wie fühlt sich jemand hier wohl, weshalb fühlt er sich hier wohl. Das hat mit der Arbeitsatmosphäre zu tun, mit dem Aufgabengebiet aber auch mit nichtbequinen Entschädigungen, die durchaus auch von Interesse sein könnten. Wenn Sie dem Antrag von ER Ernst Schläpfer folgen, dann nehmen Sie uns natürlich jegliche Verhandlungsvollmacht weg. Dann



entscheidet faktisch der ER in dieser Personalkommission. Dann sind uns die Hände gebunden. Dann können wir höchstens noch sagen: 2.2 %, hier können wir anfangen. Wenn dann die Angestelltenvertreter noch mehr wollen, dann können wir uns dort noch einigen, aber es ist Sache der Natur, dass man Differenzen hat zwischen der Stadt und dem Kanton und auch zwischen anderen Gemeinden und es ist klar. Wir schauen darauf, dass wir ein guter Arbeitgeber sind. Das ist nicht nur ein Spruch am Weihnachtsapéro. Wir bemühen uns wirklich immer darum. Unsere Fluktuation ist sehr tief und wir sind aus eigenem Interesse unsere guten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bei uns behalten zu können und diese auch weiterhin zufrieden zu stellen.

ER Christian Di Ronco (CVP)

Ich möchte noch eine Antwort geben an den GP, was er über meine Postulate gesagt hat und dabei den Teufel an die Wand gemalt hat. Das sind alles Massnahmen, die die Gemeinde attraktiver machen. Die Investitionen auslösen und nicht nur Kosten.

ER-Präsident Rolf Forster (SVP)

Wir haben keine Wortmeldungen mehr. Wer für Eintreten ist in dieses Geschäft, möge dies durch Handergeben bezeigen. Das ist einstimmig der Fall.

Detailberatung:

ER Beat Gruber (CVP)

Budget 2008, Voranschlag, Seite 23, Konto 0201 Steuerverwaltung, 318.15 Betreuungskosten
Sind wir bessere Zahler geworden oder weshalb hat es hier einen Rückgang?



GP Stephan Rawyler

Das sind wir vermutlich nicht geworden. Wir hier im Saal sicher schon, aber sonst nicht. Die Differenz liegt darin, dass im Jahr 2006 die Umstellung zum Kanton erfolgte und wir hier noch ein Abgrenzungsproblem haben. Wir danken, dass der Neuhauser Anteil von Fr. 45'000.00 so richtig sei, aber das ist eine Schätzung.

ER Felix Tenger (FDP)

Budget 2008, Voranschlag, Seite 26, Konto 0250 Verwaltung Hochbau, 438.01 Bauleitungen

Da hat es jeweils Erträge. Im Vorschlag 2008 gibt es nichts mehr. Wie kommt das?

GR Franz Baumann

Wir haben z.Zt. in den grossen Projekten, die laufen, das Altersheim und das Gemeindewiesenareal, das jetzt ja fertig gestellt wird. Wir haben dort keine Bauleitungen. Deshalb müssen die Bauleitungen, die durch unsere eigenen Leute gemacht werden, dort verbucht werden. In Zukunft werden wir bei allen Projekten die Bauleitungen separat herausnehmen.

ER Felix Tenger (FDP)

Wenn Du jetzt fragst, inskünftig sind die Kosten drin und separat ausgewiesen, dann müssten ja mehr Erträge drinnen sein.

GR Franz Baumann

Es muss in der Vorlage drinnen sein. Die Bauleitungen. Wir können diese nicht verbuchen. Deshalb sind sie als Ertrag drinnen. Sie kommen dann vom Projekt hier als Ertrag rein.



ER-Vizepräsident Ernst Schläpfer (SP)

Das ist ja ein bisschen ein Witz. Das ist ein Scheinertrag. Dann müsste nicht noch in jeder Vorlage ein Scheinertrag eingerechnet werden.

GR Franz Baumann

Das ist richtig. Das sagst Du richtig. Aber das ist eine buchhalterische Sache.

ER Beat Gruber (CVP)

Budget 2008, Voranschlag, Seite 31, Konto 1020 Einwohnerkontrolle, 342.00 Gebührenanteil des Kantons

Wieso muss die Einwohnerkontrolle Gebühren an den Kanton bezahlen?

GP Stephan Rawyler

Da geht es um die Ausstellung von Pässen und Identitätskarten. Da bekommt der Kanton eben auch seinen Anteil.

ER Christian Di Ronco (CVP)

Budget 2008, Voranschlag, Seite 33, Konto 1130 Schaffhauser Polizei

Ich möchte mal beim Polizeireferenten nachfragen, wie der Stand der Dinge hier ist.

GR Dino Tamagni

Die Gespräche sind eigentlich gut verlaufen. Wir konnten quartalsweise eine Sitzung abmachen und ich kann dem Einwohnerrat hier versichern, dass wir im kommenden Frühjahr oder Sommer,



die Polizei hier im Einwohnerrat haben werden und diese dann selbst über ihre Aktivitäten in der Gemeinde berichten werden. Sie haben dann auch Gelegenheit, Fragen zu stellen, die sie brennend interessieren. So wie die Sitzung verlaufen ist, kann ich Ihnen versichern, dass die Anträge, die wir seitens der Gemeinde gestellt haben, wurden nachgegangen. Die eine oder andere Position wurde bereits erfüllt und in diesem Sinne sehen wir auch dieser neuen guten Zusammenarbeit gerne entgegen.

ER Jakob Walter (SP)

Budget 2008, Voranschlag, Seite 39, Konto 1500 Militär

Jene, die schon länger in diesem Rat sind, kennen meine Meinung zu diesem Thema und den Jüngeren kann ich es auch in der Pause sagen.

ER Jakob Walter (SP)

Budget 2008, Voranschlag, Seite 69, Konto 6209 Strassenverkehrsanlagen, Reinigung, Unterhalt und Winterdienst, 314.08 Unterhalt der Strassen

Der Kommentar begründet, weshalb hier ein Anstieg stattgefunden hat, aber im Budget sehe ich hier keinen Anstieg. Was stimmt hier?

GR Franz Baumann

Ich kann das relativ einfach beantworten. Der Baureferent hatte an der Budgetsitzung einen höheren Betrag beantragt und der wurde dann reduziert und der Kommentar in diesem Fall nicht gelöscht. Sie sehen, wir sparen auch bei den Strassen.

ER Jakob Walter (SP)

Budget 2008, Voranschlag, Seite 72, Konto 6500 Regionalverkehr

Hier gibt es riesige Sprünge zwischen Rechnung 2006, Voranschlag 2007 und Voranschlag 2008. Mehr als eine Verdoppelung. Es ist schon möglich, dass irgendwann einmal eine Bemerkung in



der Zeitung zu lesen war, aber es würde mich sehr freuen, wenn ich hier im Kommentar auch etwas lesen könnte.

GP Stephan Rawyler

Die Frage ist mehr als berechtigt. Es war bewusst kein Kommentar im Anhang, damit ich hier an dieser Stelle etwas dazu sagen kann. Es geht hier um die Auswirkung des neuen kantonalen Gesetzes über die Beiträge an den Regionalverkehr. Wir müssen wesentlich höhere Beiträge an den Regionalverkehr, an die S-Bahn bezahlen, bekommen aber dafür via Stadt Schaffhausen etwas an den Nahverkehr. Nicht buchhalterisches Gegenkonto aber politisches Gegenkonto ist 6510, 318.65. Wenn Sie dort schauen ist im Voranschlag 2007 zu 2008 Fr. 100'000.00 weniger, obwohl der Dieselpreis in dieser Zeit massiv angestiegen ist und auch die Stromkosten tendenziell eher wieder anziehen. Die Lohnkosten sind auch höher. Wir haben einen kleinen Beitrag an die VBSH, weil die Stadt Schaffhausen einen grösseren Betrag vom Kanton bekommt für den Nahverkehr aber wir müssen wieder mehr bezahlen für den Regionalverkehr. Das hebt sich mehr oder weniger wieder auf.

ER Beat Gruber (CVP)

Budget 2008, Voranschlag, Seite 87, Konto 9000 Gemeindesteuern, 400.01 Quellensteuern

Gibt es eine Erklärung für die Budgetmindereinnahmen bei den Quellensteuern?

GP Stephan Rawyler

Die Erklärung gibt es. Das ist die Auskunft des Kantons, der die Quellensteuer veranlagt. Es kommt hier sehr darauf an, ob wir noch mehr Manager bekommen, die dann wieder ins Hauptkataster kommen, weil die mehr verdienen oder eben wir Leute haben, die unter Fr. 120'000.00 bleiben und die bleiben dann in der Quellensteuer. Es ist etwas der Blick in die Kristallkugel. Jede Zahl ist da etwa richtig, +/- Fr. 100'000.00. Sie können Fr. 2.2 Mio. oder Fr. 2.4 Mio. beantragen. Das ist vermutlich genau gleich richtig wie Fr. 2.3 Mio.. Wir wissen es einfach nicht. Was wir sagen können ist, dass die Quellensteuer in Indiz ist für die Konjunktur. Je besser die Konjunktur läuft, je mehr steigt die Quellensteuer und es ist sehr oft ein Frühwarnsignal,



wenn die Quellensteuer sinkt. Im Moment sind wir leicht darüber, was wir budgetiert haben und wir sind gespannt, was in den nächsten zwei Monaten noch herauskommt.

GP Stephan Rawyler

Ich möchte noch etwas zu Seite 87, Konto 9320 Einnahmenanteile, Konto 441.01 Anteil an Benzin- und Motorfahrzeugsteuern. Hier muss Fr. 384'700.00 stehen und nicht Fr. 330'000.00. Das ist die Korrektur, die ich Ihnen gesagt habe betreffend der Benzin- und Motorfahrzeugsteuern. Das ist dieses Konto, das bewirkt, dass wir einstweilen noch ausgeglichen sind. Wenn ich noch das Wort habe, gestatten Sie mir nun doch noch erstaunt zu sagen, wenn man den Steuerfuss senkt und keinen Antrag zu Konto 9400.00 steht, dann geht man ja davon aus, tieferer Steuerfuss und dennoch gleiche Steuern. Das dürfte wohl kaum so aufgehen.

ER Felix Tenger (FDP)

Ich kann auf diese Frage sehr gerne antworten. Da sind wir sehr stark der Meinung, dass das ohne weiteres geht. Dass man die Steuereinnahmen im Budget nicht entsprechend reduzieren muss. Wir sind überzeugt, dass wir mit 1 % tieferen Steuerfuss ein ausgeglichenes Budget erreichen kann, sowie es budgetiert ist.

ER Ueli Furrer (ÖBS)

Budget 2008, Voranschlag, Seite 100, Konto 620 Gemeindestrassen inkl. Signalisation und Strassenbeleuchtung, 501.07 Bahnhofstrasse; Sanierung BU 05 FIPLA 08

Dieser Posten ist ein alter bekannter. Der war schon im Budget 2006 mit Fr. 200'000.00 drin. In der Rechnung 2006 wurde dann nichts ausgegeben. Ich zitiere aus dem Budget 2006: "Die Bauverwaltung kann die Sicherheit und Fahrbarkeit der Bahnhofstrasse in diesem Zustand nicht mehr verantworten." Die Stückmauer rinnt und am Morgen ist es dort sehr oft eisig und sehr gefährlich. Ich bitte den Gemeinderat wirklich im folgenden Jahr mit der Sanierung der Bahnhofstrasse zu beginnen.



GR Franz Baumann

Das ist ein Kind aus meiner Schule seit ich dabei bin. Jedes Jahr war die Bahnhofstrasse im Budget enthalten. Ich habe mich jedes Mal wieder erweichen lassen, diesen Posten rauszunehmen. In der Zwischenzeit, wenn Sie das vielleicht von den Unternehmen gehört haben, ist die Ausschreibung erfolgt. Der Auftrag ist erteilt. Die Arbeit wird in den nächsten zwei bis drei Wochen aufgenommen. Es gibt eine zusätzliche Baustelle in Neuhausen.

ER Markus Anderegg (FDP)

Budget 2008, Voranschlag, Seite 102, Konto 790 Raumplanung, 509.04 Revision Ortsplanung BU 07, FIPLA 08

Hier hätte ich gerne gehört, wie der Fahrplan aussieht, denn ich sehe es als ganz wichtig, dass die Ortsplanung an die Hand genommen wird.

GP Stephan Rawyler

Es ist ein Legislaturziel des Gemeinderates, besonders auch von mir, dass wir bis Ende 2008 eine neue Bauordnung und einen neuen Zonenplan haben. Wir sind etwas im Rückstand geraten bei der Erhebung der schützenswerten Bausubstanz in Neuhausen am Rheinfall, denn es sind etwas mehr Objekte hervorgekommen als wir erhofft oder befürchtet haben. Wir bekommen aber ein sehr interessantes Werk mit ca. 150 oder 160 Baudenkmälern, die sorgfältig erhoben werden. Die kommen anschliessend zum Kanton zur Vorprüfung. Wir machen parallel dazu die Ortsplanung. Da sind bereits schon vertiefte Überlegungen gemacht worden und bei der Bauordnung bestehen bereits erste Entwürfe. Wir hoffen, dass wir spätestens im Frühsommer 2008 die entsprechenden Unterlagen einreichen können. Wenn alle Stricke reissen, dann wird es Herbst 2008. Ich hoffe, dass wir dann wirklich alles auf dem Tisch haben und wir dann eine gute und bereinigte Bauordnung vorlegen können und einen neuen Zonenplan haben und endlich auch das Inventar der schützenswerten Baudenkmäler.



ER Felix Tenger (FDP) stellt folgenden Antrag zu Punkt 1:

Erhebung einer Gemeindesteuer gemäss den Bestimmungen des kantonalen Steuergesetzes vom 1. Januar 2001 und den seither beschlossenen Änderungen von 97.0 Prozent, wobei 2008 eine Reduktion von **2.0 Prozent auf 95 %** erfolgt.

ER Christian Di Ronco (CVP) stellt folgenden Antrag zu Punkt 1:

Erhebung einer Gemeindesteuer gemäss den Bestimmungen des kantonalen Steuergesetzes vom 1. Januar 2001 und den seither beschlossenen Änderungen von 97.0 Prozent, wobei 2008 eine Reduktion von **3.0 Prozent auf 94 %** erfolgt.

Der Antrag von Felix Tenger (FDP) wird dem Antrag von Christian Di Ronco (CVP) gegenübergestellt und mit 9 : 2 Stimmen bei 7 Enthaltungen vorgezogen.

Der Gemeinderat stellt folgenden Antrag:

Erhebung einer Gemeindesteuer gemäss den Bestimmungen des kantonalen Steuergesetzes vom 1. Januar 2001 und den seither beschlossenen Änderungen von 97.0 Prozent, wobei 2008 eine Reduktion von **1.0 Prozent auf 96 %** erfolgt.

Der Antrag vom Gemeinderat unterliegt dem Antrag von Felix Tenger (FDP) mit 8 : 11 Stimmen.

Antrag 1 wird deshalb wie folgt beschlossen:

1. Erhebung einer Gemeindesteuer gemäss den Bestimmungen des kantonalen Steuergesetzes vom 1. Januar 2001 und den seither beschlossenen Änderungen von 97.0 Prozent, wobei 2008 eine Reduktion von 2.0 Prozent auf 95 % erfolgt.



ER-Vizepräsident Ernst Schläpfer (SP)

Ich stelle hier keinen Antrag, weil ich dem Gemeinderat nicht die Verhandlungsbasis nicht unter den Füßen wegziehen will. Ich rechne aber damit, dass der Gemeinderat so vernünftig ist, mindestens irgendwie versucht nicht ein Lohnungleichgewicht gegenüber dem Kanton hinzubringen, da wir sowieso in der Gemeinde gegenüber dem Kanton und der Stadt im Rückstand sind.

Zweiter Antrag (ohne Gegenantrag)

2. Genehmigung des Voranschlages 2008 inkl. einer Erhöhung der vom Gemeinderat beeinflussbaren Lohnsumme von 1.5 %. Die individuelle Verteilung liegt in der Kompetenz des Gemeinderates.

Der Antrag wird mit 16 : 0 Stimmen bei 3 Enthaltungen angenommen.

Ziffer 1 dieser Anträge untersteht gemäss Art. 14 lit. b der Verfassung der Einwohnergemeinde Neuhausen am Rheinfall vom 29. Juni 2003 (NRB 101.000) dem fakultativen Referendum.

Das Geschäft ist erledigt.



TRAKTANDUM 4 Bericht und Antrag betreffend Fahr- und Radweg Sonnenwegli

ER Markus Anderegg (FDP)

Wie Sie alle wissen ist das Quartier Rheinweg ein Kind von mir. Ich bin wesentlich persönlich engagiert seit 1989 und habe mit Freunden zusammen die Initialzündung gegeben die alte Steinzeugfabrik zum heutigen Rheinpark entwickelt und auch sonst in mehreren Belangen dieses Quartier gefördert. Das vorliegenden Projekt mit der Umlegung des Sonnenweglis und diese Neuzufahrt für das dringendst benötigte Parkhaus. Ich werde noch darauf zurückkommen, wie wichtig das ist. Diese Idee stammt tatsächlich von mir und ist eine sehr gute Lösung. Ich musste mich nun fragen, ob ich bei diesem Geschäft in den Ausstand trete. Ich werde nicht in den Ausstand treten mit folgender Begründung. Mittlerweile ist das definitive Projekt, das vorliegt, durch das Ingenieurbüro WSP Wildberger Schuler Partner AG mit der Gemeinde zusammen entwickelt worden und ich habe insofern nicht mehr gross damit zu tun. Auch nicht mehr mit der Ausführung. Ich möchte mich nach wie vor ganz engagiert für dieses Quartier einsetzen, weil es für die Gemeindeentwicklung und, wie wir es vorhin gerade gehört haben für die Steuereinnahmenentwicklung in unserer Gemeinde, ganz wichtig ist, dass hier dies Parkplätze zusätzlich entstehen können. Darum werde ich zu diesem Geschäft sprechen und nicht in den Ausstand treten.

Eintretensdebatte

ER Ueli Furrer (ÖBS)

Die SP und die ÖBS haben das Projekt intensiv studiert und diskutiert. Auf den ersten Blick ändert sich für die Benutzer dieses Strassenstücks nicht viel. 2/4 Drehung nach rechts, dann gibt es neu eine halbe Pirouette nach links mit gleichem Radius. Die Steigung ist minimal kleiner als vorher. Vielleicht kämen wir sogar in den Besitz des weltweit ersten Kreisviadukts für Velofahrende, Fussgänger und Personen in Rollstühlen. Die Problemstelle hingegen ist auf dem Plan, der dem Einwohnerrat zugestellt wurde, nicht aufgezeichnet. Vielleicht wurde sie schlicht vergessen. Die Überquerung des Rheinwegs für die Radfahrer. Das projektierte Parkhaus hat 104 Plätze. Es dürfte gut und gerne täglich über 400 zusätzliche Fahrten geben. Die Fahrzeuge kreuzen mit dem



Veloverkehr und haben Vortritt. Der Radweg ist unterbrochen und es geht nach starkem Zickzack in Richtung Rhein weiter. Für die Velofahrerinnen und Velofahrer, von denen viele diese Route als Arbeitsweg zwischen Schaffhausen und Neuhausen oder umgekehrt benutzen, wird die Situation auf diese Art und Weise eindeutig schlechter, wenn keine zusätzlichen Massnahmen getroffen werden. Die Massnahmen sind nirgends erwähnt. Die Parteien SP und ÖBS sind für Eintreten werden die Zustimmung zur Vorlage aber von der Antworten in der Detailberatung abhängig machen. Sie werden nur zustimmen, wenn für die Velofahrer eine Verbesserung der Situation gegenüber dem heutigen Zustand erreicht werden kann. Eine Bemerkung noch zum Schluss. Das bereits bewilligte Bauprojekt sieht eine Zufahrt über den Vorplatz der dortigen Autowerkstatt vor. Wenn wir das Fahrwegrecht in Frage stellen ist das Parkhaus als ganzes überhaupt nicht gefährdet. Es kann gebaut werden, so wie es bewilligt wurde.

ER Beat Gruber (CVP)

Die CVP Fraktion hat die Unterlagen Fahr- und Radweg Sonnenwegli beraten und als sinnvoll befunden. Wir werden dem Antrag zustimmen.

ER Christian Schwyn (SVP)

Die SVP befürwortet diesen Antrag und ist erfreut über diese Lösung. Wir stimmen zu.

ER Markus Anderegg (FDP)

Wie ER Ueli Furrer richtig bemerkt hat, ist das Parkhaus so genehmigt worden über die Zufahrt der eigenen Grundfläche von der Autowerkstatt. Nur ist diese Zufahrt wirklich sehr problematisch. Es heisst auch, dass sehr viel weniger Parkdecks gebaut werden können und daher weniger Parkplätze zur Verfügung stehen. Das ist der zentrale Punkt. Ich habe gerade jetzt ca. 450 Quadratmeter Büros umgebaut für neue Firmenansiedlungen und die machen zur Bedingung, dass sie zusätzliche Parkplätze in diesem Gebiet erhalten sollen sonst sind sie gleich wieder weg und damit auch die entsprechenden Steuereinnahmen und Arbeitsplätze. Es ist ganz entscheidend, dass wir in diesem Gebiet diese fehlenden Parkplätze anbieten können, sonst verlieren wir die besten Steuerzahler. Was wir dann haben, ist ein Loch in der Rechnung und sonst



gar nichts und das würde ich jetzt nach dieser Debatte gar nicht verstehen. Das die Sicherheit der Fahrradfahrer durch mehr Verkehr da unten gefährdet ist, kann ich einerseits einsehen ich bin aber gespannt, wie man das überhaupt bewerkstelligen soll, die Massnahmen von ER Ueli Furrer umzusetzen. Ich möchte aber auch noch betonen, dass das Gefälle der Rampe nun deutlich tiefer liegt, wie die heutige Rampe und das eine wesentliche Verbesserung ist. Die FDP wird diesem Projekt selbstverständlich zustimmen.

Detailberatung:

GP Stephan Rawyler

Ich habe mit Interessen den Ausführungen von ER Markus Anderegg zugehört und wenn ich hier das nochmals vergegenwärtige, bitte ich ihn doch nochmals zu überlegen, ob er nicht doch in den Ausstand treten möchte. Wenn ich seine Argumentation richtig verstanden habe, könnte man doch ein gewisses Interesse nicht ganz verneinen. Es ist eigentlich eine gute Politik in diesem Einwohnerrat gewesen, dass man im Zweifelsfall lieber in den Ausstand geht.

ER Markus Anderegg (FDP)

Ich sehe diesen Interessenskonflikt wirklich nicht, da ich im Moment keine Aufträge mehr habe, da in diesem Projekt weiter zu arbeiten. Ich habe lediglich die Idee und das Vorprojekt dazu geliefert und das war's.

ER August Hafner (SP)

Ich möchte auch zu diesem Ausstand noch etwas sagen. Auch wenn jemanden von Vorarbeiten ein Interesse daran hat, dass das Projekt so realisiert wird, wie es einer ursprünglichen Idee entsprach, ging er in den Ausstand. Es erstaunt mich schon, dass ER Markus Anderegg, der seine Interessen klar dokumentiert hat. Er will als geistiger Vater des Projekts hier mitsprechen und nicht in den Ausstand gehen will. Ich möchte schon nicht, dass dieses Beispiel hier Schule macht. Und



deshalb sage ich jetzt etwas. Ob er sich jetzt bemüssigt fühlt in den Ausstand zu gehen oder nicht das bleibt im überlassen. Er wäre gut beraten, wenn er ginge.

ER Markus Anderegg (FDP)

Ich werde jetzt in den Ausstand treten, da ich das wesentliche eigentlich schon gesagt habe und es auch keine grosse Rolle mehr spielt. Ich will da nicht um des Kaisers Bart streiten.

GR Franz Baumann

Ich möchte zur mehrheitlich guten Aufnahme des Projekts bestens danken. Für uns als Gemeinde, das wurde ja bereits gesagt, ist die Erstellung dieses Parkhauses äusserst wichtig, aber darum geht es ja heute nicht. Es geht darum, um das berühmte Sonnenwegli neu zu gestalten. Das heute bewilligte Projekt für das Parkhaus, so wie es heute ist, würde schon funktionieren. Allerdings könnte die Firma Hässig & Gonzales nicht mehr zu seiner Garage fahren. Das hat man gemerkt, nachdem das Projekt vorgelegen hat. Aus diesem Grunde sind dann meine Mitarbeiter mit dem Ingenieurbüro zusammen gesessen und haben Ideen geprüft. Das ist die geniale Lösung, damit allen geholfen ist und wir bekommen ja zusätzlich noch Fr. 30'000.00 für das Fahrwegrecht und ich bin der Meinung, dass das für uns als Gemeinde ein ganz wichtiges Projekt ist. Zur zweiten Frage von ER Ueli Furrer betreffend des Rheinweges für die Radfahrer. Es ist nicht so, dass wir das nicht angeschaut haben. Wir haben aber gesagt, weil die Arbeit dort unten sehr bald beginnen soll, das nachher zusammen mit dem VCS, wie wir das ja immer machen, zusammen anschauen, eine optimale Lösung zu finden, damit auch die eventuellen Unsicherheiten geklärt werden können um ein optimale Lösung zu finden, damit beide damit leben können.

ER Ueli Furrer (ÖBS)

Ich kenne diesen optimalen Weg. Wenn wir bei der Scheidegg schauen. Da musste der Gemeinderat einen Nachtragskredit von Fr. 12'000.00 sprechen um die Sünden für die Velofahrer beim Scheideggkreisel wieder zu beheben. Wer bezahlt dann diese Massnahmen?



GR Franz Baumann

Durch das was ER Markus Anderegg gesagt hat, haben wir gehört, dass der Benutzer des Parkhauses evtl. noch mehr Vorteile als vorgesehen hat. Da werden wir versuchen noch Kostenbeiträge zu bekommen um das zu verwirklichen.

ER Walter Herrmann (FDP)

Ich habe festgestellt, dass die meisten Velofahrer geradeaus fahren und nicht diesen Umweg über den Fahr- und Radweg fahren. Das sehe ich viel, wenn ich unterwegs bin. Ich finde, wenn das Gefälle jetzt wirklich kleiner ist, kommen dann vielleicht auch die Rollstuhlfahrer hoch. Man hat ja früher mal gesagt, man macht eine Klingel, dass die Polizei dort die Rollstühle hochstösst. Ich habe das Gefühl, dass wir hier abwägen müssen zwischen den Vorteilen der KMU's dort unten, was die uns Steuereinnahmen, Ansiedlung und Arbeitsplätze, die Hoffnung in die Gemeinde bringen und man muss sicher auch ein Kompromiss eingehen. Ich nehme an, dass die Autos, die dort ins Parkhaus fahren, sicher mit Massnahmen ihre Fahrt etwas verlangsamen können. Die Autos, die aus der Einfahrt hinausfahren, sind noch nicht so schnell, wie vielleicht die Velofahrer, die vielleicht etwas unsinnig über die Strasse fahren. Man sieht es oft im Wald und in der Stadt. Ich habe nicht viele Freunde unter den Velofahrern.

ER Ueli Furrer (ÖBS)

Ich muss da ein bisschen kontern. Das Gefälle geht von 8.1 % auf 7.6 % herunter. Das sind 5 cm auf der Distanz zwischen Dir und mir, auf 10 Meter. Das ist fast nicht spürbar.

GR Franz Baumann

Ich habe noch eine kleine Ergänzung betreffend die Kosten, die evtl. entstehen könnten bei Veränderungen für die Velofahrer. Das ganze Projekt ist ja so geplant, dass das alles der Ersteller des neuen Parkhauses bezahlt. Wir bezahlen gar nichts. Wir bekommen ja noch Fr. 30'000.00



dazu. Wenn wir hier Verbesserung machen müssen, dann muss das der Betreiber des Parkhauses bezahlen. Das ist ganz klar.

ER August Hafner (SP)

Eine Aussage, des in Ausstand getretenen ER Markus Anderegg, hat mich noch etwas verunsichert. In der Vorlage steht ja, dass ein Parkhaus mit 304 Parkplätzen bewilligt worden ist. ER Markus Anderegg hat gesagt, wenn diese neue Zufahrt gemacht werden, können auch die Plätze erhöht werden. Wie viele Parkplätze hätte dann das neue Parkhaus?

GR Franz Baumann

Ich kann das nicht beantworten. Aber wenn das mehr sind, dann muss man uns einfach mehr bezahlen. Das müssen wir dann anschauen. Etwa 5 bis 10 Parkplätze mehr, sagt Herr Kurrer. Er ist ja sehr am Projekt involviert.

ER August Hafner (SP)

Dann stelle ich fest, dass die Beeinträchtigung durch zusätzlichen Fahrzeugverkehr der Velofahrer noch verstärkt wird. Über diese 304 Parkplätze hinaus. Wenn es dann 310 oder noch mehr sind?

ER Nil Yilmaz (SP)

Ich denke, nichts desto Trotz, sollten Menschenleben wertvoller sein, als diese 10 Parkplätze. Deshalb bitte ich nochmals um eine erneute Überprüfung. Bei dieser Einfahrt sind die Velofahrer wirklich gefährdet. Ich bin das auch anschauen gegangen, sind sie gefährdet.



ER Jakob Walter (SP)

Ich würde dieser Geschichte wirklich gerne zustimmen. Es ist eine elegante Lösung und es ist sicher beiden Seiten gedient, aber ich bin einer dieser Personen, die dort sicher wöchentlich einmal durchfahren. Ich kenne die Situation und die Zusage, dass mit dem VCS die Sache nachträglich noch angeschaut wird, ist mir zu wenig. Ich wäre froh um eine verbindliche Aussage, bei der für den Velofahrer die Situation so verbessert wird, dass der Mehrverkehr ungefähr kompensiert wird. Ich verlange nicht, dass die Situation insgesamt sicherer wird, aber die Verunsicherung durch den Mehrverkehr wahrscheinlich durch bauliche Massnahmen kompensiert wird und ich eine Zusage bekommen, dass wenn man keine besseren Ideen hat vor und nach der Einmündung in den Rheinweg eine unbeliebte Schwelle quer über den Rheinweg geht. Dann kann ich sicher zustimmen und ich würde eigentlich gerne zustimmen.

GR Franz Baumann

Ich nehme es von ER Jakob Walter gerne entgegen und ich kann versichern, dass wir eine Entschärfung dieser Gefahr machen werden. Das kann ich sagen, damit das Risiko so gut wie möglich aufgehoben wird.

ER Willi Josel (SVP)

Ich bin Velofahrer und auch Autofahrer. Wenn ich jetzt die Sache anschau. Wenn ich jetzt vom Rheinweg in die Parkhauseinfahrt fahre, dann komme ich mit dem Auto fast im Stillstand. Das Tempo ist tief. Da braucht es meines Erachtens auch keine Schwelle. Beim herunterfahren mit dem Velo muss man sowieso aufpassen. Zur Sicherheit kann man ja noch die "Haifischzähne" auf den Boden malen und so weiss jeder, dass er aufpassen muss. Ich sehe kein Problem. Ich sehe dann ein Problem, wenn wir das Parkhaus nicht bauen. Die Wirtschaftsförderung versucht Unternehmen zu uns zu bringen und dann ist halt die Situation so, dass diese Leute mit dem Auto kommen und die Parkplätze vorhanden sein müssen. Wenn das nicht ist, dann kommen diese Unternehmen auch nicht. Ich möchte nun doch bitte, eine Güterabwägung vorzunehmen. Ich bin überzeugt, dass das keine gefährliche Situation ist und man muss die Fahrt halt der Situation anpassen. Ich sehe mit der Geschwindigkeit kein Problem.



ER Ueli Furrer (ÖBS)

Dazu möchte ich sagen, dass die auch Auto und Velo fahre und sogar noch Zug. Wenn ich mit dem Auto vom Rheinweg komme und zum Parkhaus will, besteht bei der Einfahrt zum Parkhaus eine ziemlich enge Kurve. Dann konzentriere ich mich, kommt ein Auto vom Parkhaus heraus und übersehe die Velofahrer, die vom Radweg her kommen. Nochmals, es geht hier nicht um das Parkhaus ja oder nein, es geht um 4 bis 6 Plätze. Wenn sich eine Firma wegen 4 bis 6 Plätzen ansiedelt oder nicht ansiedelt, habe ich Mühe das zu glauben.

ER Nil Yilmaz (SP)

Es geht mir auch darum, dass es mir nicht darum geht, ob die Parkplätze gebaut werden oder nicht. Die können gebaut werden. Wir müssen aber auch für die Velofahrer und für die Fussgänger eine sichere Umgebung schaffen. Es ist nicht immer abzusehen, wie dort der Autofahrer fährt. Schnell oder langsam. Das entscheidet der Zufall oder der Fahrer.

GR Franz Baumann

Etwas kann ich hier nicht stehen lassen. Die Fussgänger sind hier ganz sicher. Wir haben deshalb die Treppen gemacht, damit die Fussgänger nicht auf dem Fuss- und Radweg laufen müssen. Eine elegante Lösung. Das hat übrigens auch dazu geführt, dass die Rampe viel besser in die Landschaft passt. Sie wird praktisch wie eine Brücke gebaut und das Gelände ist dann unter der Fahrbahn der Radfahrer und die Treppe geht runter und wir konnten das Trottoir, das hier violett eingezeichnet wurde, machen. Die Fussgänger sind sehr sicher. Bei den Velofahrern kann ich nur nochmals wiederholen, dass wir versuchen werden das so gut wie möglich zu entschärfen und das wird sicherlich nicht von der Gemeinde bezahlt.



GP Stephan Rawyler

Das Sonnenwegli hat es in sich. Ich habe das irgendwie fast geahnt und deshalb haben wir auch den Antrag gestellt, dass Sie abschliessend darüber entscheiden können. Für die Fussgänger gibt es meines Erachtens eine Verbesserung, da kann ich mich dem Baureferenten anschliessen. Das ist ganz eindeutig. Bezüglich des Autoverkehrs ist darauf hinzuweisen, dass wir natürlich heute einen erheblichen Suchverkehr haben. Es ist also nicht zu unterschätzen, was Leute den Rheinweg hinunterfahren Richtung die Kirche und immer wieder schauen, ob sie einen Parkplatz finden, der gratis ist. Es gibt ja Parkplätze, aber die kosten etwas. Wichtig ist aber ein Gratisparkplatz und dann spielt es keine Rolle, was es kostet um herzufahren. Das ist sehr interessant. Zweitens. Es gibt verschiedene Anwohner, die bei der Gemeinde interveniert haben, dass auf diese Strasse zu schnell gefahren werde. Wir haben deshalb intensiv Messungen gemacht, wie das aussieht. Wir haben gesehen, die Geschwindigkeit ist deutlich unter 50. Wir haben mehr oder weniger eine Situation, wie auf der Zelgstrasse. Es trifft nicht zu, dass hier schnell gefahren wird. Drittens. Wenn man diesem Projekt nicht zustimmt, ist dieses Parkhaus gestorben, denn diese Autohandelsfirma möchte ihre Werkstatt weiterhin benützen. Es gibt die theoretische Möglichkeit, dass man über diese Werkstatt hinweg die Zufahrt macht, aber praktisch besteht diese nicht. Es gibt nur diese Zufahrt oder es gibt kein Parkhaus. Viertens. Es dürfte ein Versprecher sein, dass der VCS beigezogen wird. Wenn wir als Berater jeweils beiziehen, ist die Interessengemeinschaft Velo und wir haben auch eine feste Arbeitsgruppe beim Planungsreferat, die von Paul Kurrer geleitet wird mit Mitgliedern dieser IG Velo und da kann ich Ihnen auch versichern, diese Arbeitsgemeinschaft wird das sicher anschauen und eine möglichst optimale Lösung suchen. Wir müssen es jetzt auch nicht dramatisieren. Wir sind hier nicht an der Gotthardautobahn, wo dauernd die Tour de France kreuzt. Wir haben eine Anzahl Velofahrerinnen und Velofahrer und wir haben eine rechte Anzahl Autofahrer. Das ist nicht eine Hochleistungsstrasse, von der wir hier sprechen. Das ist eine Sackgasse und ich bitte sie nun auch im Interesse der Velofahrer, denn wir haben noch einige Projekte in Neuhausen, die wir verwirklichen möchten, da brauchen wir auch die entsprechenden Steuermittel. Das ist Wirtschaftsförderung auch im Kleinen. Sie können hier wirklich eine gute Lösung finden und sogar eine kleine Verbesserung gegenüber dem heutigen Zustand und bekommen dafür noch Geld. Ich denke, das ist, was Neudeutsch wirklich Win-Win gesagt wird. Ich kann Ihnen versichern, wir schauen wirklich, dass es eine gute Lösung gibt auch für die Velofahrer. Machen wir unsere Aufgabe nicht, dann lade ich Sie herzlich ein, machen Sie eine Interpellation und dann sind wir ja verpflichtet, das wieder anzuschauen.



ER-Vizepräsident Ernst Schläpfer (SP)

Ich verlängere jetzt die Diskussion noch. Ich fahre auch Velo und Autofahrer bin ich auch. Die neue Situation verschärft die Situation ganz eindeutig für die Radfahrer und zwar nicht durch die einfahrenden und die querfahrenden Autos sondern durch die ausfahrenden Autofahrer. Die ausfahrenden Autofahrer werden nach links und nach rechts schauen, logischerweise und werden keinen Blick auf die Velofahrer werfen können. Wenn dann der Velofahrer nicht registriert, dass momentan ein Auto aus der Ausfahrt fährt, dann haben wir dort ein grösseres Problem. Deshalb bitte ich schon dringend, dass man dort eine Schwelle oder eine andere Alternative einbaut, weil die Güterabwägung finde ich schon in Ordnung. Aber die Güterabwägung, die man da gemacht hat, nämlich verletzte oder tote Velofahrer gegen ein paar zusätzliche Unternehmen geht dann für mich nicht in die gleiche Richtung, wie sie von der SVP gemacht wurde.

ER Walter Herrmann (FDP)

Jetzt hast Du uns schon etwas ans Bein gepinkelt. Ich erinnere nur an vorne bei der Kreuzgarage, dort war es weniger wichtig möglichst schnell die Situation zu sichern. Da wart Ihr auch sehr hartnäckig, bis dann das Signal endlich kam.

ER Jakob Walter (SP)

Jetzt muss ich mich schon wehren über die Kreuzung Mühlenenstrasse. Wir haben dort gesehen, dass der Fussgängerstreifen am falschen Ort ist. Jeder, der dort durchfährt sieht heute noch die Leute, die über die Mühlenen rennen zum Tankstellenshop. Das beweist, dass wir recht hatten und wir haben versucht, dort eine sichere Lösung zu finden als dieses "Husch-husch", das Eure Seite durchbringen wollte. Dort haben nicht wir mit der Sicherheit fahrlässig gespielt. Sondern wir wollten eine sichere Lösung, als sie heute darstellt.

ER Willi Josel (SVP)

Ich möchte hier einen Ordnungsantrag stellen. Kommen wir darauf zurück, worum es hier eigentlich geht. Stimmen wir darüber ab.

GP Stephan Rawyler

ER Willi Josel hat einen Ordnungsantrag gestellt. Sie müssen sofort darüber abstimmen. Es darf nur noch über den Ordnungsantrag gesprochen werden.

ER-Präsident Rolf Forster (SVP)

ER Willi Josel hat einen Ordnungsantrag gestellt, dass wir jetzt die Diskussion abbrechen.

Der Ordnungsantrag wird mit 3 : 9 Stimmen bei 7 Enthaltungen abgelehnt. Die Diskussion ist somit nicht abgebrochen.

ER August Hafner (SP)

Weil die Diskussion nicht abgebrochen wurde, erlaube ich mir, hier noch eine Frage zu stellen. Nach welchen Kriterien wurde die Entschädigung von Fr. 30'000.00 festgesetzt. Vorhin haben wir gehört, dass es letztlich um "To be or not to be" gehe für das Parkhaus und wenn so eine zentrale Frage im Raum steht, dann dünken mich doch Fr. 30'000.00 sehr wenig.

GP Stephan Rawyler

Wenn Sie die Karte anschauen, dann sehen Sie, wenn wir nicht den Glücksfall hätten, dass jemand ein Parkhaus bauen will, dann müsste man sagen, dass dieses Land Fr. 0.00 wert ist. Ausgenommen vielleicht noch die Ausnützungsziffer, die etwas wert wäre, sonst bringt man hier



nichts hin. Wir haben auch die Interessenten eingeladen um zu prüfen, ob man hier noch etwas anderes auf dieses Grundstück baut. Die Idee von mir war mal, dass man hier noch ein kleines Bürohaus bauen könnte. Es wäre vom Raster der Säulen her möglich gewesen aber es gibt nichts Gescheites auf diesem Grundstück. Dann hat nach meiner Information das Güterreferat sich Überlegungen gemacht, was würde ein solches Land wert sein, wenn man es verkaufen würde, wenn man es kapitalisiert und ist dann auf diesen Betrag von Fr. 30'000.00 gekommen. Dabei hat, und das gebe ich zu, vielleicht noch eine gewisse Rolle gespielt, dass auch wir ein vitales Interesse daran haben, die Situation an diesem Rheinweg zu bereinigen. Als man vor 20 bis 30 Jahren in die Planung mit dem Rheinweg gegangen ist, hat man das Problem der Parkplätze eindeutig unterschätzt und wir sind jetzt immer daran, das aufzuheben. Bei jedem Gebäude, das im Gespräch ist, wir haben ja noch mehr Gebäude an diesem Rheinweg, die Liegenschaft Betz, dort soll auch noch ein Parkhaus entstehen sind wir daran interessiert, dass zusätzlichen Parkraum entsteht, denn wir haben heute die Situation, dass uns Parkplätze fehlen. Das hat vielleicht dazu geführt, dass wir 10 % bis 15 % im Preis nachgelassen haben. Wir sprechen hier nicht von nochmals Fr. 30'000.00 sondern von Fr. 5'000.00 bis Fr. 6'000.00 bei denen wir uns gütlich geeinigt haben mit den Bauinteressenten. Ich muss Ihnen einfach sagen, dass wir eine Firma haben, die mir immer wieder böse Mails schickt, wenn die Parkplätze nicht kommen, dann gehen wir und da muss ich Ihnen sagen, wenn diese Firma geht, dann ist die Steuerersparnis, die Sie heute beschlossen haben, einen absoluten Klacks und dann haben wir hier in Neuhausen ein massives Problem und das ist auch in die Preisberechnung eingeflossen. Das weiss natürlich auch die Gegenpartei. Wir denke, über alles gesehen sind die Fr. 30'000.00 für ein Baurecht in Ordnung.

Antrag:

Die Einräumung eines Fahrwegrechts zu Gunsten der GEMAG Gewerbehäuser Mühlenen AG, Bahnsteigstrasse 1, 8212 Neuhausen am Rheinfall beziehungsweise des jeweiligen Eigentümers von Grundstück GB Neuhausen am Rheinfall Nr. 2584 zur Erstellung einer Ein- und Ausfahrtsrampe auf dem Grundstück GB Neuhausen am Rheinfall Nr. 1120 für das geplante Parkhaus auf dem Grundstück GB Neuhausen am Rheinfall Nr. 2584 am Rheinweg 8 in Neuhausen am Rheinfall wird gegen eine Entschädigung von Fr. 30'000.00 sowie der Übernahme der Kosten der erforderlichen Anpassungen, insbesondere der Verlegung des Fuss- und Radweges Sonnenwegli durch die GEMAG Gewerbehäuser Mühlenen AG, gutgeheissen.

GEMEINDE

**NEUHAUSEN
AM RHEINFALL**

CH-8212 Neuhausen am Rheinfall
www.neuhausen.ch



Der Antrag wird mit 12 : 1 Stimmen bei 6 Enthaltungen angenommen.

Das Geschäft ist erledigt.



TRAKTANDUM 5 Bildung einer einwohnerrätlichen Kommission betreffend IGA 2017

ER-Präsident Rolf Forster (SVP)

Ich schlage ein 7-er Kommission vor. Ist jemand anderer Meinung?

ER Jakob Walter (SP)

Ich hätte eigentlich erwartet, dass jemand am Gemeinderatstisch etwas dazu sagt. Wir sind in der Situation, dass wir dieses Geschäft traktandiert haben. Wir haben keine Unterlagen, wissen nicht, was die Arbeit dieser Kommission ist und wie schnell sie in Aktion treten muss oder ob einfach bis ins Jahr 2015 abgewartet werden muss. Wir sind nicht sehr glücklich mit dieser Situation. Ich finde es grundsätzlich nicht schlecht, dass wir über diese IGA schon mit Nachdenken beginnen. Wir möchten uns sich nicht querlegen. Es ist nicht schlecht, eine zu kleine Kommission zu wählen. Ich finde den Vorschlag einer 7-er Kommission gut. Wenn es soweit ist, bis diese Ausstellung aufgeht, finden noch 3 mal Wahlen statt. Wenn wir eine grosse Kommission haben, dann ist die Chance, dass sicher jemand von Anfang an bis zum Ende dabei ist. Im Sinne von Kontinuität sind wir für eine 7-er Kommission.

GR Franz Baumann

Ich sage was dazu, ich habe gedacht, dass mindestens der Präsident sagt, wann die Sitzung stattfindet. Warum muss die Kommission schon jetzt gebildet werden? Das ist eine Kommission, die mit der städtischen Kommission, also mit dem Grossen Rat, zusammenarbeitet. Es geht ja um den berühmten "giardino lungo". Das haben Sie sicher schon in der Zeitung gelesen. Die Vorlage der Stadt steht. Die Vorlage von Neuhausen am Rheinfall steht. Es fehlt noch ein kleiner Kurzbericht. Der muss noch kommen. Das Datum mit der Stadt wurde schon lange abgemacht. Das ist der 28. November 2007 um 19.00 Uhr im Museum in Schaffhausen. Zum ersten Teil der Sitzung ist der gesamte Einwohnerrat auch eingeladen wie auch die Presse. Zum zweiten Teil geht dann die Kommission in Arbeit und arbeitet zusammen mit der Stadt und die Abstimmungen werden dann später separat von Neuhausen am Rheinfall und Schaffhausen erfolgen. Aus diesem Grund sind wir terminlich sehr im Klinsch. Das ist das Problem, denn das Datum wurde von der



Stadt abgemacht. Der Grund, weshalb es eilt ist folgender. Wir müssen nächstes Jahr im Juni eine Volksabstimmung machen. Diese Abstimmung findet in allen Gemeinden, die an der IGA 2017 mitmachen, statt. Alle zusammen müssen am gleichen Tag die Abstimmung machen. Die Stadt ist schon sehr weit voraus mit der Vorlage. Aus diesem Grund haben wir gesagt, wir müssen das gemeinsam machen.

Zur Vorberatung dieses Geschäftes wird mit 19 : 0 (einstimmig) eine 7-er Kommission eingesetzt. Die Kommission setzt sich wie folgt zusammen:

Felix Tenger (FDP) Präsidium

Priska Weber (SP)

Peter Gloor (SP)

Ueli Furrer (ÖBS)

Thomas Theiler (CVP)

Rolf Forster (SVP)

Albert Gysin (SVP)

Das Geschäft ist vorerst erledigt.

**TRAKTANDUM 6 Ersatzwahlen**

- a) eines Mitglieds des Verwaltungsrates der Fernheizwerk AG Neuhausen am Rheinfall
 - b) eines Mitglieds der VBSH-Verwaltungskommission
-

ER Willi Josel (SVP)

Wie Sie wissen, werden diese Wahlen durch den Rücktritt von ER Patrick Waibel nötig und wir schlagen Ihnen für das Fernheizwerk ER Christian Schwyn vor und für die VBSH-Verwaltungskommission ER Albert Gysin. Wir bitten Sie, unseren Anträgen zuzustimmen.

a) eines Mitglieds des Verwaltungsrats der Fernheizwerk AG Neuhausen am Rheinfall

Christian Schwyn (SVP) wird als Nachfolger von Patrick Waibel (SVP) als Vertreter des Einwohnerrates als ein Mitglied des Verwaltungsrats der Fernheizwerk AG Neuhausen am Rheinfall vorgeschlagen und mit 18 : 0 Stimmen gewählt.

b) eines Mitglieds der VBSH-Verwaltungskommission

Albert Gysin (SVP) wird als Nachfolger von Patrick Waibel (SVP) als Vertreter des Einwohnerrates als ein Mitglied der VBSH-Verwaltungskommission vorgeschlagen und mit 17 : 0 Stimmen gewählt.

Das Geschäft ist erledigt.



TRAKTANDUM 7 Postulat Felix Tenger (FDP) betreffend Benützung von Turnhallen-Kleingeräten

Begründung:

ER Felix Tenger (FDP)

Ich habe das Wichtigste ja bereits schriftlich kundgetan und möchte nur noch kurz auf zwei Aspekte hinweisen. Ich habe letztthin gelesen, wie wichtig dem Kanton die Sportförderung ist und ich bin überzeugt, der Kanton wird jetzt von oben herab neue Regelungen machen, Vorschriften erlassen und Finanzmittel in diesen Bereich stecken. In Neuhausen haben wir glücklicherweise Vereine und Privatpersonen, welche die Jugend bereits heute aktiv unterstützen und zu sportlichen Aktivitäten anregen. Diesen Leuten müsste man eigentlich ein Kränzchen winden; da wird aus eigeninitiative mit viel Herzblut aktive Sportförderung betrieben. Ich glaube, ich muss nicht wiederholen, wie wichtig Sport ist und wie sinnvoll es ist die Jugendlichen zum Sport hinzuführen. Und der Gemeinderat geht hin und sperrt diesen Leuten das Kleinmaterial weg, weil die Abnützung zu hoch und dies damit für die Gemeinde zu teuer sei. Das ist für mich unbegreiflich.

Der Gemeinderat hat jetzt einem Verein Fr. 3'000.00 gegeben, damit er sich neues Kleinmaterial anschaffen kann. Ich bin überzeugt, diese Fr. 3'000.00 sind mehr als die Abnützung der Kleingeräte durch die Vereine in den nächsten 25 Jahren ausmachen würde. Meine Damen und Herren. Es wird nicht besser, wenn man einem Verein Geld zur Verfügung stellt, damit er sich selber Kleinmaterial kaufen kann. Erstens ist dies meiner Ansicht nach Geldverschwendung, weil damit plötzlich zwei- bis dreifach Bestände von gewissen Materialien angeschafft werden und dann in den Turnhallen nebeneinander lagern. Zweitens werden eben nicht alle berücksichtigt d.h. dass spezifische Kurse eben auch mit dieser neuen Regelung kein passendes Kleinmaterial haben und drittens werden sich andere Vereine zu Recht ungleich und ungerecht behandelt fühlen. Die Vereine und Kursleiter wollen kein Geld, sie wollen auch keinen Blumenstrauss vom Gemeinderat für ihre tagtägliche Arbeit mit den Kindern. Sie wollen lediglich wie bisher das Kleinmaterial in den Turnhallen mitbenützen können.

Dies ist für alle Beteiligten das einfachste, praktikabelste und ich bin überzeugt für die Gemeinde auch das günstigste. Das ist Sportförderung im Kleinen, ohne dass es etwas kostet. Es braucht



keine Plakate im Weltformat, auf welchen Werbung für mehr Bewegung gemacht wird. Es braucht nur den Willen und die Bereitschaft dies auch und gerade im Kleinen zu unterstützen.

Meine Damen und Herren, ich bitte Sie, im Namen von vielen Kindern und Jugendlichen diesem Postulat zuzustimmen. Es wird sie und die Gemeinde nichts kosten, aber viel Goodwill und hoffentlich fitere Kinder einbringen. Vielen Dank.

Stellungnahme:

GR Patrick Strasser

Es geht hier einerseits um Vereine. Der zuständige Referent wäre in diesem Falle GR Dino Tamagni. Es geht um die Hausabwarte, die die Regelung einhalten müssen. Da wäre der zuständige Referent GR Franz Baumann und es geht um Schulmaterial, da bin ich der zuständige Referent. Ich versuche, soweit es in meiner Kompetenz steht, das Postulat zu bewerten und die Haltung des Gemeinderates darzulegen.

Man das ganz sehr kurz fassen. Es steht nämlich im Neuhauser Rechtsbuch unter der Nummer 410.531 das Reglement über die Nutzung der Schulanlagen der Gemeinde Neuhausen am Rheinfall, erlassen am 29. April 1996. Dort finden Sie unter 6.2 Nutzung durch Vereine, zuerst die allgemeinen Bestimmungen. Die Anlagen stehen Vereinen und Organisationen bei entsprechender Reservation u.s.w. zur Verfügung. Unter Abs. 2 steht: Schulmaterial, und dazu zählt selbstverständlich auch das Kleinmaterial in den Turnhallen, darf nur mit Einwilligung des Hauswarts benützt werden. Aber es darf benützt werden. Der jeweils zuständige Abwart muss sein ok dazu geben. Sämtlich abgegebenen und benützten Materialien sind am richtigen Ort wieder einzuordnen. Ich denke, dass die Vereine auch dieser Selbstverständlichkeit auch nachkommen. Dann kommen noch die Regelungen, was passiert, wenn etwas kaputt geht. Dass die Schäden umgehend dem Abwart zu melden sind und auch wenn solche Sachen nicht gemeldet werden, dass dann der Vorstand des Vereins ermahnt wird. Wir haben also eine Regelung, die klar besagt, dass die Vereine das Material benutzen können unter Voraussetzung, dass der Hauswart die Einwilligung dazu erteilt. Das vom Postulanten geforderte Vorgehen, fettgedruckt auf dem Postulat, ist unserer Ansicht nach schon erfüllt. Das Postulat rennt nicht mal offene Türen ein, sondern es ist schon so, seit genau 11 Jahren ist das so. Zur Situation im Gemeindewiesen muss ich noch



folgendes ergänzen. Als dieses Regelement ausgearbeitet wurde, von da an bis in diesem Sommer konnte Absatz 2, dass das Schulmaterial nur mit dem Einverständnis des Hausabwarts benutzt werden konnte, nicht durchgesetzt werden, weil keine abschliessbaren Schränke vorhanden waren. Seit dem Umbau gibt es auch im Gemeindewiesenschulhaus abschliessbare Schränke und damit auch die Kontrolle durch den Hauswart. Das sollte nach Ansicht des Gemeinderates auch so sein. Falls es so wäre, dass es die Hauswarte in den verschiedenen Turnhallen verschieden handhaben, dann würde eine Ungleichbehandlung bestehen und dann wäre der Gemeinderat froh, wenn bei solchen Beobachtungen die Meldung an die Bauverwaltung gemacht würde und man dann eingreifen kann, dass es wirklich in allen Hallen gleich gehandhabt wird. Ich komme zum Fazit. Ich möchte den Postulanten bitten, das Postulat zurückzuziehen, da alles, was das Postulat fordert, bereits umgesetzt wurde, seit genau 11 Jahren. Ich kann Ihnen versichern, die Vereine liegen auch dem Gemeinderat am Herzen und ein weitergehender Handlungsbedarf besteht eigentlich nicht.

ER Felix Tenger (FDP)

Ich muss sagen, die Antwort von GR Patrick Strasser überrascht mich sehr, weil ich auch eine persönliche Beziehung dazu habe. Ich bin mit meinem Kind bis letztes Jahr im MUKI/VAKI Turnen gewesen und wir durften vom letzten Dezember an die Geräte nicht mehr benutzen. Ich habe daraufhin mit dem zuständigen Referenten, GR Patrick Strasser, gesprochen und er hat mir gesagt, die Sachen werden jetzt abgesperrt und die Pedelle durften das nicht mehr rausgeben. Diese Regelung gilt nach wie vor. Diese Kinderkurse dürfen diese Kleingeräte nicht mehr gebrauchen. Nach unserem persönlichen Gespräch hat es dann noch eine Petition der Eltern an den Gemeinderat gegeben. Das wurde abschlägig beantwortet. Ich habe dann daraufhin eine Kleine Anfrage gemacht, datiert vom 5. März 2007. Als Antwort habe ich dann gekriegt, dass der Gemeinderat diese Praxis an seiner Sitzung vom 20. Dezember geändert und beschlossen hat und darausgehend den Satus Neuhausen finanziell zu unterstützen und das niemand mehr entsprechend Zugriff habe auf diese Kleingeräte. Jetzt überrascht es mich sehr, dass GR Patrick Strasser sagt, dass es seit 11 Jahren diesen Zugang gibt. Es ist gut möglich, dass es 11 Jahre diesen Zugang gegeben hat, aber seit 1 Jahr können diese Kurse diese Kleingeräte nicht mehr benützen. Und das müsste, falls wirklich diese Regelung im Gemeinderat nie beschlossen wurde, also entgegen, was sie in der Antwort an meine Kleine Anfrage geschrieben haben, der Zuständige informiert werden. Von daher gesehen, werde ich mein Postulat sicherlich nicht zurückziehen. Ich möchte das entsprechend geklärt haben.



GR Franz Baumann

Ich möchte nur folgendes klarstellen. Das Schulhaus Gemeindewiesen war ein Sonderfall. Früher war es im Gemeindewiesenschulhaus einfach so, dass man das Schulmaterial nehmen konnte und vielleicht wieder zurückstellen konnte oder auch nicht. Es wurde von der Lehrerschaft gewünscht im Rahmen des Umbaus, dass die Lehrer ihr Material abschliessen können und immer Kontrolle haben über ihr Material. In allen anderen Schulhäusern ist es so, und das ist eigentlich überall so in allen Schulhäusern im Kanton Schaffhausen, dass jeder Verein sein eigenes Material hat. Da kann man bei den Handballern, bei den Volleyballern u.s.w. schauen. Wenn wir den Wunsch von ER Felix Tenger erfüllen würden, dann hätte jeder Club nachher unser Gemeindematerial. Aus diesem Grund, ist eigentlich das Kleinmaterial, das Du forderst, nur als Ergänzung gedacht. Wenn Ihr Material vom MUKI/VAKI Turnen, Satus hat das Geld nun bekommen, damit sie das Material anschaffen können, braucht, dann ist der Pedell, war schon immer verpflichtet, das Material herauszugeben. Es ist jetzt einfach neu, dass das Material abgeschlossen ist, aber es gibt keine andere Regelung bis heute und die wurde eingehalten und ich habe nie etwas anderes gehört.

GR Patrick Strasser

Ich möchte zwei Punkte, die ER Felix Tenger erwähnt hat, noch klar darstellen. Die Petition, die Du erwähnt hast, die an den Gemeinderat gegangen sei, ist nicht an den Gemeinderat gegangen sondern an die Vorsteherschaft des Gemeindewiesenschulhauses. Ich mag mich noch erinnern, dass ich dem Vorsteher des Gemeindewiesenschulhauses den Auftrag gegeben habe, das auch zu beantworten, denn wenn jemand eine Petition eingibt auch Anrecht auf eine Antwort hat. Wie die Antwort genau gelautet hat, weiss ich allerdings nicht. Der zweite Punkt. Nochmals um auf das Gemeindewiesenschulhaus zurück zu kommen. Jawohl, die Bälle sind jetzt abgeschlossen, vorher war das gar nicht möglich, aber nicht dass man sie nicht benutzen darf. Die Praxis wurde geändert, weil die alte Praxis nicht dem Reglement entsprochen hat. Wenn jetzt die Abwarte jetzt einfach sagen, es gibt gar nichts mehr, dann haben wir hier ein Problem. Da gebe ich Dir Recht und dann wird hier einiges vermischt. Das müssen wir anschauen. Wenn das wirklich so ist, dass Ihr seit einem Jahr keinen Zugriff mehr habt auf das Kleinmaterial.



ER Christian Di Ronco (CVP)

Ich orte hier schon ein Problem. Es ist seit immer und ewig so, dass im Rosenbergschulhaus, das Material von den Vereinen benutzt werden kann. Es kommt der Abwart, der gibt das Material heraus und danach gibt es der Verein wieder retour. Plötzlich soll diese Regelung im Gemeindewiesenschulhaus nicht mehr gelten.

GR Franz Baumann

Das hat es im Gemeindewiesenschulhaus einfach nicht gegeben, weil die Kästen nicht abgeschlossen waren.

ER Christian Di Ronco (CVP)

Dann können die Vereine ja zum Abwart gehen und der kann das Material herausgeben.

GR Franz Baumann

Ich sage nicht, dass das nicht so ist. Ich sage, das müsste so sein.

ER Felix Tenger (FDP)

Und der Abwart sagt, er dürfe das Material nicht herausgeben, weil das der Gemeinderat so beschlossen habe. Das war die Antwort und Ihr könnt nicht sagen, dass Ihr das nicht wisst. Ich habe das mit GR Patrick Strasser besprochen. Ich habe eine Kleine Anfrage gemacht und jetzt noch ein Postulat. Im Prinzip wegen etwas lächerlichem. Da musste ich nun die ganze Eskalationsstufe hinaufgehen.



ER Albert Gysin (SVP)

Ich glaube, wir sollten beim Postulat bleiben. Der Gemeinderat muss schauen, dass das Material wieder zur Verfügung ist. Soll es mit einem Schlüssel sein für die Kästen oder soll der Abwart jedes Mal hier sein. Bringt eine Lösung her, die auch gerecht wird für das MUKI/VAKI Turnen. Die anderen Vereine haben nämlich dieses Problem nicht. Die haben eigene Kästen und eigenes Material sowie eigene Schlüssel. Vielleicht muss man hier jetzt eine Lösung finden. Ich bin der Meinung, wir stimmen dem Postulat zu, damit eine Lösung gefunden wird.

ER Jakob Walter (SP)

Wir haben uns einerseits ein bisschen amüsiert. Aus diesem Ecken, der immer die Selbstverantwortung predigt, aus dem man belehrt wird zwischen wünschbarem und notwendigem zu unterscheiden, von dem gepredigt wird, dass eine Gemeinde sparsam sein muss, dass ist plötzlich das eigene Kind und das eigene Portemonnaie betroffen und dann ist alles ganz anders. Dann haben wir uns aber auch geärgert. Wahrscheinlich ist jeder in diesem Plenum in irgendeinem Verein oder in irgendeiner Organisation und wir hoffen, dass das nun Brauch wird, dass hier im Einwohnerrat die Arena ist und dass jeder versucht für seinen Verein etwas herauszuholen. Zur Praxis. Ich nehme nicht an, dass irgendjemand in diesem Raum seine Garage offen lässt, falls die Nachbarn die Rebschere oder das Auto brauchen. Hingegen ist es doch normal, dass wenn jemand anklopft und fragt: Könnte ich vielleicht Dein Auto ausleihen, man das Auto gibt und es dann auch wieder entgegennimmt und falls er wieder mal kommt, ist dann die Gelegenheit da zu sagen, das letzte Mal hatte es aber eine Beule. Bevor Du den Laubrechen bekommst, bring bitte wieder die Rebschere zurück. Das ist doch eigentlich der Normalfall und so sollte es auch laufen und deshalb sind wir sicher nicht für dieses Postulat, denn die Formulierung verlangt eigentlich einen Rechtsanspruch d.h. der Pedell wäre eigentlich dann nur noch Laufbursche und kann nicht sagen, bevor ihr das andere Material zurückgebracht habt, gibt es kein neues Material. Diese Möglichkeit muss der Pedell haben, denn sonst sind wir bei der offenen Garage. Was uns auch noch am jetzigen Wortlaut stört. Es steht von Vereinen und Leitern. Hier möchten wir schon unterscheiden. Es gibt Vereine und es gibt kommerzielle Angebote. Kommerziell ist für mich, wenn ein Leiter über Fr. 200.00 pro Abend verdient. Diese möchte ich nicht gleich behandeln, wie irgendein Verein, der für Gotteslohn etwas anbietet. In dieser Form können wir diesem Postulat



sicherlich nicht zustimmen. Zustimmung könnten wir in etwas, das Verhandlungen verlangt. Dafür braucht es ganz sicher keinen Vorstoss. Es braucht ein Telefon, um einen Termin abzumachen.

ER Felix Tenger (FDP)

Ich habe bereits vorhin gesagt, dass ich die ganze Eskalationsstufe gehen musste. Das persönliche Gespräch hat stattgefunden. Von daher möchte ich den Rat nicht mit unnötigen Sachen belasten. Aber ich finde es doch wichtig, dass das entsprechend geklärt wird. Ich bin gerne bereit, dieses Postulat entsprechend anzupassen. Es geht mir überhaupt nicht darum, dass wir irgendwelche neue Rechtsansprüche einführen wollen, die dann neue Kosten für die Gemeinde verursachen. Es geht mir wirklich nur darum, dass diese Kurse und Vereine wieder Zugang zum Kleinmaterial haben. Ich wäre bereit, das Postulat sinngemäss so anzupassen, dass der Gemeinderat beauftragt wird, bezüglich der Benützung der gemeindeeigenen Kleingeräte eine einvernehmliche Lösung mit den Betroffenen zu finden.

GR Franz Baumann

Ich möchte den Postulenten trotzdem bitten, das Postulat zurückzuziehen. Ich biete Ihm an, wenn er mit dem leben kann, dass wir einen Termin mit der Leiterin des MUKI/VAKI Turnens, mit GR Patrick Strasser und mir und meinem zuständigen Mitarbeiter Erwin Graf, der die Pedelle unter sich hat, ein Gespräch zu führen und die Sache zu klären und dann haben wir das ganze vom Tisch, da bin ich überzeugt. Das gibt eine Lösung, aufgebaut auf dem was GR Patrick Strasser gesagt. Auf der Regelung, die seit 11 Jahren besteht.

ER-Präsident Rolf Forster (SVP)

Ist der Postulent mit dem zufrieden.



ER Felix Tenger (FDP)

Nein, ich möchte bei meinem Postulat bleiben und zwar deshalb, weil ich die Feststellung gemacht habe, dass wir jetzt seit einem Jahr diskutieren und seit einem Jahr ist nichts gegangen, aber wie gesagt, ich bin bereit, das Postulat entsprechend abzuschwächen, dass der Gemeinderat beauftragt wird. Das was jetzt GR Franz Baumann gesagt hat in eine verbindliche Form gebracht wird. Dass er da wirklich etwas unternehmen muss.

ER-Präsident Rolf Forster (SVP)

ER Felix Tenger, Du hast die Abänderung bekannt gegeben.

ER Felix Tenger (FDP)

Ich kann sie nochmals sinngemäss sagen: Der Gemeinderat wird beauftragt bezüglich der Benützung der gemeindeeigenen Kleingeräte eine einvernehmliche Lösung zu finden.

GR Patrick Strasser

Der Einwohnerrat muss selbst wissen, ob er das Postulat überweisen möchte oder nicht. Der Gemeinderat wird das so oder so machen, was ER Felix Tenger fordert. Der Unterschied ist mit oder ohne Postulat nur derjenige, dass ich mit einem Postulat einen Bericht und Antrag an den Einwohnerrat schreibe, aber das können Sie gerne haben.

Der Einwohnerrat erklärt das Postulat mit 4 : 7 Stimmen bei 8 Enthaltungen für nicht erheblich.



ER-Präsident Rolf Forster (SVP)

Das Postulat wird nicht überwiesen, aber ich bitte den Gemeinderat sich diesem Anliegen anzunehmen.

GR Franz Baumann

Das machen wir ganz sicher. Wir werden mit dem ehemaligen Postulenten einen Termin abmachen.

Das Geschäft ist somit erledigt.



TRAKTANDUM 8 Bericht zur Kenntnisnahme betreffend Bauabrechnung Umbau der GAN, Erweiterung 862 MHz, Konto 320.501.90

ER August Hafner (SP)

Ich habe noch eine letzte Bemerkung zu diesem Bericht und Antrag. Unsere Freude zur Kreditunterschreitung von Fr. 1'065'441.95 hält sich deshalb in Grenzen, weil kein Wort darüber verloren wird, weshalb das passiert ist und wenn man dann die Geschichte der Kreditbewilligungen anschaut, kommt man sich schon irgendwie veräppelt vor, wenn man noch vor zwei Jahren eine Tranche von Fr. 800'000.00 bewilligt hat. Soviel Geld noch nachgeschossen hat zu einem schon bestehenden Saldo, der gar nicht benutzt wurde. Dass die RPK keine Bemerkungen in ihrer Kontrolle der Bauabrechnung macht, dass ist richtig, aber vom Gemeinderat hätte ich da schon noch einige Bemerkungen erwartet.

GR Franz Baumann

Ich kann dazu nur folgendes sagen. Was Sie erhalten haben, das ist der Antrag und Bericht zur Kenntnisnahme, den wir beigelegt haben von der RPK. Was ER August Hafner gesagt hat ist ja nicht so. Sicherlich hat der Gemeinderat im jeweiligen Budget Fr. 800'000.00 beantragt. Die Offertunterlagen von den Kosten sehen Sie im Detail auf der Seite 2, Berechnung Offerte rd. Fr. 1.6 Mio. Es ist eine Kostenunterschreitung von Fr. 235'000.00 und nicht von Fr. 1 Mio. Wir machen das bei der Budgetierung immer so in der Investitionsrechnung, dass wir einen Betrag einsetzen und es wurde das erste Mal im Jahre 2004 gemacht, aber erst im Jahre 2005 begonnen, also haben wir diesen Betrag nicht gebraucht, weil wir zuerst die Offerte im Detail gebraucht haben. Der Gemeinderat hat die Offertstellung gehabt von den Firmen, die hier aufgelistet sind von den rd. Fr. 1.6 Mio. Fr. 235'000.00 ist sicher auch viel Geld, aber diese Unterschreitung kann damit begründet werden, weil einfach sehr gut gearbeitet wurde.

ER August Hafner (SP)

Das verstehe ich jetzt überhaupt nicht, der Einwohnerrat hat dreimal mit dem Budget 2004 bis 2006 je Fr. 800'000.00 bewilligt und nach meiner Rechnung ergibt das Fr. 2.4 Mio.



GR Franz Baumann

Aber wir haben ja die erste Tranche gar nicht gebraucht.

ER August Hafner (SP)

Weshalb haben wir dann noch zwei weitere bewilligt?

GR Franz Baumann

Wenn wir vom Betrag, den wir ins Budget setzen nichts brauchen, dann müssen wir das wieder ins neue Budget reinnehmen, damit ich überhaupt dieses Geld wieder zur Verfügung habe. Das ist die Erklärung. Das ist gemäss Finanzhaushaltgesetz notwendig.

Antrag:

Der Gemeinderat beantragt dem Einwohnerrat, vom Kontrollbericht der Rechnungsprüfungskommission Kenntnis zu nehmen.

Der Einwohnerrat hat vom Kontrollbericht Kenntnis genommen.

Das Geschäft ist erledigt.



ER-Präsident Rolf Forster (SVP)

Wir sind am Ende der heutigen Sitzung. Wir sehen uns wieder am 13. Dezember 2007. Die Sitzung ist geschlossen.

Für den Einwohnerrat Neuhausen am Rheinfall

Rolf Forster
Präsident

Sandra Ehrat
Aktuarin